

N i e d e r s c h r i f t

**der 43. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am
24.04.2013**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 14:02 Uhr bis 18:40 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Bartl, Harald	parteilos	
Bauersfeld, Martin	CDU	ab 14:06 Uhr
Bergner, Annegret Dr.	CDU	
Bönisch, Bernhard	CDU	
Busse, Jürgen	CDU	
Dieringer, Lothar	parteilos	ab 15:35 Uhr
Hildebrandt, Roland	CDU	ab 14:18 Uhr
Sänger, Frank	CDU	
Schachtschneider, Andreas	CDU	ab 14:18 Uhr
Scholtyssek, Andreas	CDU	
Sprung, Michael	CDU	
Wünscher, Ulrike Dr.	CDU	
Bartsch, Erwin Dr.	parteilos	
Haupt, Ute	DIE LINKE	
Knöchel, Swen	DIE LINKE	
Köck, Uwe-Volkmar Dr.	DIE LINKE	bis 16:30 Uhr
Lange, Hendrik	DIE LINKE	
Leibrich, Birgit	parteilos	
Meerheim, Bodo Dr.	DIE LINKE	
Schramm, Rudenz	parteilos	
Sitte, Petra Dr.	DIE LINKE	von 14:26 Uhr bis 17:35 Uhr
Trömel, René	DIE LINKE	
Yousif, Mohamed Dr.	DIE LINKE	
Bonan, Robert	parteilos	
Diaby, Karamba Dr.	SPD	bis 18:18 Uhr
Ewert, Gertrud	SPD	
Felke, Thomas	SPD	
Fikentscher, Rüdiger Dr.	SPD	bis 18:20 Uhr
Haupt, Hanna	SPD	
Hopfgarten, Klaus	SPD	
Koehn, Gottfried	SPD	
Krause, Johannes	SPD	
Wend, Detlef Dr. med.	SPD	
Fleischer, Beate	FDP	
Hajek, Andreas	parteilos	ab 14:15 Uhr
Kley, Gerry	FDP	
Raab, Katja	FDP	
Schuster, Manfred	DIE GRAUEN/ Volkssolidarität	ab 14:35 Uhr
Wöllenweber, Hans-Dieter Dr.	FDP	
Häder, Denis	MitBÜRGER für Halle	
Sommer, Manfred	MitBÜRGER für Halle	
Strech, Dietrich	MitBÜRGER für Halle	
Wolter, Tom	MitBÜRGER für Halle	
Brock, Inés Dr.	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	ab 16:20 Uhr
Feigl, Christian	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Krausbeck, Elisabeth	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Menn, Christoph	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Wehrich, Dietmar	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	ab 14:05 Uhr
Pitsch, Gerhard	NPD	ab 16:16 Uhr

Wiegand, Bernd Dr.
Geier, Egbert
Kogge, Tobias
Neumann, Wolfram
Schneider, Anja

Oberbürgermeister
Bürgermeister
Beigeordneter
Beigeordneter
Verwaltung

Entschuldigt fehlen:

Misch, Werner
Müller, Raik
Heft, Uwe
Nagel, Elisabeth
Sieber, Olaf
Hintz, Katharina
Wolff, Sabine
Stäglin, Uwe

CDU
CDU
parteilos
DIE LINKE
DIE LINKE
SPD
NEUES FORUM
Beigeordneter

zu **Einwohnerfragestunde**

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, begrüßte die Bürgerinnen und Bürger und eröffnete die Einwohnerfragestunde.

Herr Rainer von Sivers zur Anbringung einer Gedenktafel

Herr v. Sivers erinnerte an die Einwohnerfragestunde der Stadtratssitzung vom Oktober 2011, in welcher er die Frage zur Wiederanbringung der Gedenktafel für die ermordeten Stadträte der Stadt Halle zur Zeit des Faschismus stellte. Die Tafel befinde sich im Stadtmuseum der Stadt Halle.

Ein Jahr zuvor stellte er die Frage zur Ehrenbürgerschaft für Willy Sitte.

Herr v. Sivers verwies darauf, dass nach der Stadtordnung der fragende Bürger eine schriftliche Antwort der Stadt zu erhalten habe und er auf diese Antworten bisher vergeblich warte.

Weiter bezog sich **Herr v. Sivers** auf Bewerbungen auf Stellenangebote, die er vom Jobcenter der Stadt Halle erhalten habe. Im September 2012 habe er sich als Gästeführer der Stadt beworben. Und obwohl er seines Erachtens über geeignete Qualifikationen verfüge, insgesamt 8 Abschlüsse, bekam er erst im Februar 2013 eine Antwort, von dieser, der Stadt unterstehenden Einrichtung, mit der Ablehnung wegen fehlendem Nachweis der Berechtigung zum Stadtführer. Er wies darauf hin, dass er eigene Stadtrundgänge zur Stadtgeschichte entwickelt habe, die nicht von der Stadt angeboten werden.

Andere Bewerbungen bei Einrichtungen der Stadt Halle wurden ohne Begründungen nicht berücksichtigt, obwohl er bereits ehrenamtlich dafür gearbeitet habe.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, unterbrach die Ausführungen von Herrn v. Sivers mit dem Hinweis auf die Geschäftsordnung und verwies darauf, dass persönliche Angelegenheiten nicht im Stadtrat geklärt werden können.

Aus diesem Grund könne nur die erste Anfrage im Stadtrat beantwortet werden.

Herr v. Sivers äußerte sich weiterhin zu seinem persönlichen Problem dahingehend, dass er davon ausgegangen sei, dass Vertreter der Stadt im Vorstand der Einrichtung sitzen und damit eine Entscheidungsfindung hätten.

Herr Bartl wies nochmals darauf hin, dass nur Fragen von öffentlichem Interesse in der Einwohnerfragestunde beantwortet werden.

Herr v. Sivers stellte weiter fest, dass Halle seit 1912 das erste Heinrich-Heine-Denkmal und seit 2002 wieder ein neues habe und dass es an der Zeit wäre, dass sich die Stadt dazu durchringe, eine Postkarte mit dem Heinrich-Heine-Denkmal anfertigen zu lassen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand bat förmlich um Entschuldigung, wenn noch keine Antworten eingegangen seien und sicherte eine schriftliche Beantwortung innerhalb der nächsten 14 Tage zu.

Herr Thomas-Alexander Hartmann zur Marktplatzverhüllung der Stadt zum 13. Juli

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, wies auch Herrn Hartmann darauf hin, dass die Fragen zu einem laufenden persönlichen Verfahren gegen die Stadt Halle nicht von allgemeinem öffentlichen Interesse seien und laut Hauptsatzung nicht in der Einwohnerfragestunde gestellt und beantwortet werden können.

Herr Hartmann informierte, dass mit dem Stadtmarketing vereinbart sei, dass am 13. Juli der Marktplatz verhüllt werden soll.

Als Herr Hartmann begann, über seinen Rechtsstreit zu informieren und Papiere im Stadtrat zu verteilen, wies ihn **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, darauf hin, dies zu unterlassen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand merkte zur Frage der Marktplatzverhüllung an, dass die Stadt der Idee positiv gegenüber stehe.

Herr Holger Friedrich zur Zukunft des Stadtbades

Herr Friedrich sprach als Sprecher der Bürgerinitiative Interessengemeinschaft Zukunft Stadtbad vor und informierte, dass sich die Bürgerinitiative dafür einsetze, dass die Frauenhalle im Stadtbad wieder eröffnet werde.

Auf Bestreben der Stadtwerke habe es einen runden Tisch gegeben, der bereits mehrmals tagte und wo schon mehrere Planungen vorgestellt worden, z. B. auch für die Sicherung der Kuppel der Frauenhalle. Eine konkrete Kostenaufstellung belief sich auf 231.433 Euro.

Da nach Aussage der Stadtwerke/Bäder Halle GmbH die Mittel von der Stadt aufgebracht werden müssen, fragte **Herr Friedrich** im Namen der Bürgerinitiative an, welchen Weg die Stadtverwaltung sieht, die Finanzmittel aufzubringen.

Dazu stellte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** fest, dass die Diskussionen um die Bäder insgesamt auch die Sporteinrichtungen der Stadt betreffen. Seit dem 01.12.2012 seien die Sporteinrichtungen in einem Geschäftsbereich zusammengefasst, in welchem auch die städtischen Bäder bearbeitet werden.

Die Diskussionen dazu werden noch geführt und in den nächsten Monaten soll ein städtisches Sportkonzept bezüglich der Sporteinrichtungen vorgelegt werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erklärte weiter, dass es Ziel sei, alles aus einer Hand zu vergeben, dazu zählen auch die Bäder.

Er bat um Verständnis, dass er derzeit die Fragen leider nicht konkreter beantworten könne.

Herr Roland Wustlich zur verkehrlichen Anbindung der Kaufhalle Dörlau

Herr Wustlich fragte in Bezug auf den TOP 9.16 zur verkehrlichen Anbindung der Kaufhalle Dörlau, Alfred-Oelsner-Straße an, ob eine fachliche Prüfung des Verkehrsweges zur und von der Kaufhalle ohne Berührung der Krankenhauskreuzung möglich sei.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft, bedankte sich für die Anregung und sagte eine fachliche Prüfung sowie eine schriftliche Beantwortung zu.

Herr Marcel Kieslich zum Konzept der Kosten der Unterkunft

Herr Kieslich stellte folgende Fragen an die Verwaltung:

1. Welche Summe hat die Firma Analysen und Konzepte GmbH für die Erstellung des schlüssigen Konzeptes erhalten?
2. Ist der Stadtverwaltung bekannt, dass das Sozialgericht Dessau für den Landkreis Wittenberg das schlüssige Konzept für nicht schlüssig bewertet hat?
3. Ist der Stadtverwaltung die Stellungnahme der Firma Analysen und Konzepte zu diesem Urteil bekannt?
4. Hat die Stadtverwaltung der Firma Analysen und Konzepte im Rahmen der Erstellung des schlüssigen Konzeptes Rahmenbedingungen vorgegeben, z. B. Gentrifizierungsverbot, Anpassung der Kosten auf die aktuellen Werte?
5. Wird das schlüssige Konzept für die Betroffenen im vollem Umfang einsehbar sein und online zur Verfügung gestellt?
6. Wird die Wohngeldtabelle als Richtlinie trotzdem angewandt?
Herr Kieslich informierte, dass er als Sozialarbeiter Fälle habe, wo Leute zum Umzug aufgefordert werden, wo der Wert nur 3 Euro betrage.
7. Sind der Stadtverwaltung die Kosten der Unterkunft für den Saalekreis bekannt?
8. Wird die Stadtverwaltung ihr Konzept mit dem des Saalekreises vergleichen und gegebenenfalls anpassen?
Herr Kieslich verwies darauf, dass ihm bekannt sei, dass der Saalekreis damals höhere Werte hatte, als die jetzt aktuellen aus Halle.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, erklärte, dass die Firma Analysen und Konzepte den Auftrag erhalten habe, ein schlüssiges Konzept mit zu entwickeln. Hintergrund war das Urteil des Bundessozialgerichtes von Dezember 2010, in welchem die Städte angewiesen wurden, schlüssige Konzepte zu entwickeln, die auf die verschiedenen örtlichen Gegebenheiten in einer Stadt entsprechend Rücksicht nehmen.

Seit einer Woche werde das Konzept in der Stadt gegengelesen und soll dann in einer Sondersitzung des Sozialausschusses öffentlich vorgestellt werden.

Weiterhin informierte **Herr Beigeordneter Kogge**, dass die Firma Analysen und Konzepte auch der Ersteller der Konzeptentwicklung für den Saalekreis gewesen sei.

Zum Dessauer Urteil stellte **Herr Beigeordneter Kogge** fest, dass dieses nicht nur zur Kenntnis genommen, sondern auch analysiert wurde, ebenso die Stellungnahmen der Firma dazu. Dazu erklärte er, dass man sicher sei, dass dies in Halle momentan in der Form nicht zutreffen werde.

Gleichzeitig habe man nicht vor, Dinge abzusenken, sondern mit dem Konzept das zu erledigen, was das Bundessozialgericht fordert, nämlich eine klare Feststellung nicht über die Wohngeldtabelle, sondern über die Realkosten der Kosten der Unterkunft, verteilt auf die einzelnen Stadtteile der Stadt.

Herr Beigeordneter Kogge, informierte weiter, dass es keinen Verweis auf momentane Mieten in Höhe von 3 Euro gäbe. Das Produkt, auf das verwiesen wurde, habe momentan 5,55 Euro pro qm, das heißt 300 Euro als Gesamtprodukt. Und ihm seien keine Umzüge in Größenordnungen von 3 Euro bekannt.

Frau Jaqueline Klaus zur Tibet-Initiative

Frau Klaus informierte, dass sie bei der Tibet-Initiative Deutschland die Kontaktstelle in der Region Halle und Leipzig leite und informierte, dass es in der heutigen Stadtratssitzung einen parteiübergreifenden Antrag zum Gedenken an den Volksaufstand in Tibet gebe.

Sie legte Fakten zur Begründung der Flaggenaktion am 10. März dar und verwies darauf, dass dies kein reiner Gedenktag für den Volksaufstand der Tibeter, sondern ein Tag, der symbolträchtig sei, für die Einhaltung der Menschenrechte und der die Solidarität mit dem tibetischen Volk zeigen soll.

Frau Klaus fragte stellvertretend für die Mitglieder der Tibet-Initiative, ob es die Möglichkeit gäbe, dass Halle an der europaweiten Flaggenaktion wieder teilnehmen wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand stellte dazu fest, dass ein entsprechender Antrag vorliege, über welchen heute entschieden werde.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen von Einwohnern und **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, beendete die Einwohnerfragestunde.

Vor Eröffnung der Stadtratssitzung bat **Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates**, alle Fraktionsvorsitzenden um eine kurze Zusammenkunft im Wappensaal.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, beglückwünschte Herrn Rudenz Schramm zu seinem Geburtstag.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung der Beschlussfähigkeit

Die 43. öffentliche Sitzung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom **Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Harald Bartl**.

Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig seien 47 Mitglieder des Stadtrates (83,93 %) anwesend.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat darum folgende Tagesordnungspunkte von der Tagesordnung abzusetzen:

- 6.5** Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012, 1. Änderung zur Organisation des ÖSPV (Kap. 6)
Vorlage: V/2013/11394
im Finanzausschuss zurückgestellt
- 7.1** Antrag des Stadtrates Martin Bauersfeld (CDU) zur Optimierung des Kreuzungsverkehrs am Franckeplatz
Vorlage: V/2013/11352
- 7.2** Antrag der Stadträtin Dr. Annegret Bergner (CDU) - Anpassung der Honorarsätze für freie Mitarbeiter des Konservatoriums "Georg Friedrich Händel"
Vorlage: V/2013/11464
im Finanzausschuss vertagt
- 7.5** Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Erhalt des Baumbestandes in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10844
im Hauptausschuss vertagt
- 7.6** Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Namensfindung für ein Stadtviertel nördlich der Altstadt
Vorlage: V/2013/11461
- 7.3** Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zu Mitgliedschaften der Stadt Halle
Vorlage: V/2013/11533
- 7.3.1** Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zu Mitgliedschaften der Stadt Halle [V/2013/11533]
Vorlage: V/2013/11600
- 7.3.2** Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zu Mitgliedschaften der Stadt Halle (V/2013/11533)
Vorlage: V/2013/11661

Herr Bartl informierte, dass nachfolgende Dringlichkeitsvorlagen auf die Tagesordnung zu setzen sind:

- 8.11** Dringlichkeitsantrag der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, CDU, SPD und FDP - Positive Entwicklung der Hochschullandschaft auch in Zukunft sichern
Vorlage: V/2013/11675

Herr Bartl bat um Abstimmung dazu, dass der Dringlichkeitsantrag unter dem Tagesordnungspunkt 6.0 behandelt wird. Dem wurde zugestimmt.

Desweiteren liege ein Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion vor:

Dringlichkeitsantrag der SPD-Stadtratsfraktion zum Sachstand Eissporthalle
Vorlage: V/2013/11671

Dazu erläuterte **Herr Krause, SPD-Fraktion**, dass die Situation durch verschiedene anonyme Schreiben sehr negativ dargestellt wurde und die Sorge bestehe, dass die Stadt und auch die Stadtwerke dadurch Schaden nehmen.

Es gäbe keine Übersicht mehr darüber, was auf die Stadt zukomme und in welcher Situation sich die Stadt befinde im Verhältnis zur Eissporthalle, zur Betreibung und zu den Verpflichtungen dazu.

Herr Krause äußerte weiterhin, dass seine Fraktion einen schriftlichen Bericht der Verwaltung erwarte, wo die Situation umfassend dargestellt werde, damit eine Einschätzung der Verwaltung zur Situation vorliege.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, sprach sich gegen die Dringlichkeit mit der Begründung aus, dass die Zielsetzung des Antrages sich auf die Maisitzung beziehe und er jetzt keine Notwendigkeit sehe, jetzt den Beschluss zu diskutieren bzw. zu fassen.

Er bat Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand darum, in der Maisitzung des Stadtrates umfänglich über die Situation zur Eissporthalle zu berichten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand stellte dazu fest, dass im Sportausschuss schon sehr ausführlich darüber berichtet wurde und er auch die Auffassung von Herrn Krause teile. Er erklärte weiter, dass der eingeforderte Bericht in der nächsten Stadtratssitzung vorliegen werde.

Damit wurde der Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion zum Sachstand der Eissporthalle zurückgezogen.

Herr Bartl informierte über weitere Dringlichkeitsvorlagen der Verwaltung:

- 6.9** Dringlichkeitsantrag zur Aufhebung der zeitlichen Streckung der Auszahlung einer Ausschüttung aus dem Bilanzgewinn 2011 der Hallesche Wohnungsgesellschaft mbH
Vorlage: V/2013/11678
- 6.10** Dringlichkeitsantrag zur Aufhebung der zeitlichen Streckung der Auszahlung einer Ausschüttung aus dem Bilanzgewinn 2011 der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH
Vorlage: V/2013/11679

Herr Bürgermeister Geier führte als Begründung der Dringlichkeit die Beanstandungsverfügung des Landesverwaltungsamtes vom 02. April 2013 an.

Herr Geier zitierte daraus, dass die Stadt Halle veranlasst werde, im Rahmen der Selbstkorrektur ihre rechtswidrige Vorgehensweise zum Zwecke der Wiederherstellung der Rechtmäßigkeit den rechtswidrigen Beschluss aufzuheben. Dem müsse eine Beschlusslage innerhalb eines Monatszeitraumes folgen, da die Verfügung mit Rechtsbehelf versehen ist.

Die Verwaltung habe eine Beschlussvorlage vorbereitet, die den Passus mit der zeitlichen Splittung aufhebt und ansonsten den im November getroffenen Beschluss so belässt.

Herr Bartl bat um Abstimmung zu den beiden Dringlichkeitsvorlagen unter TOP 6.9 und 6.10 und stellte dann fest, dass nur 31 Ja-Stimmen vorliegen und damit die Dringlichkeit nicht gegeben sei.

Damit können beide Vorlagen nicht auf die Tagesordnung übernommen werden.

Im Hinblick auf die Fristsetzung fragte **Herr Krause** an, was jetzt damit passiere und ob es eine Zwangsanweisung vom Landesverwaltungsamt geben wird.

Dazu stellte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** fest, dass das Vorgehen des Landesverwaltungsamtes verhältnismäßig gewesen sei und zunächst beanstandet wurde. Der nächste Schritt wäre die Aufhebung. Er werde in einem Gespräch mit dem Landesverwaltungsamt um eine entsprechende Aufhebung bitten.

Herr Bartl, teilte mit, dass **zum TOP 6.1** noch ein Änderungsantrag der CDU-Fraktion eingereicht wurde:

- 6.1.1** Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Beschlussvorlage - Neufassung der Sportförderrichtlinie - Vorlagen-Nr.: V/2012/11028
Vorlage: V/2013/11659

Desweiteren wurden Änderungen und Ergänzungen mit verschiedenen Austauschblättern verteilt:

Zum TOP

- 6.3** Beschluss Kleingartenkonzeption Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10759

wurde ein geänderter Beschlussvorschlag am Freitag verschickt.

Zum TOP

- 6.4** Ausbau / Umgestaltung Verkehrsknoten Am Steintor - Gestaltungsbeschluss
Vorlage: V/2012/11219

liegen zwei weitere Änderungsanträge vor:

- 6.4.1** Änderungsantrag des Stadtrates Christian Feigl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Beschlussvorlage Ausbau / Umgestaltung Verkehrsknoten Am Steintor – Gestaltungsbeschluss (Vorlagen-Nr.: V/2012/11219)
Vorlage: V/2013/11665

- 6.4.2** Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Ausbau / Umgestaltung Verkehrsknoten Am Steintor - Gestaltungsbeschluss (Vorlage-Nr. V/2012/11219)
Vorlage: V/2013/11657

Zum TOP

- 7.4.** Antrag der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Familienberichterstattung – Teilbericht Kinderarmut
Vorlage: V/2013/11473

wurde ebenfalls ein geänderter Antrag vorgelegt.

Zum TOP 8.1 liegt ein Änderungsantrag vor:

- 8.1.1** Änderungsantrag der Stadtratsfraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SPD zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion, der FDP-Stadtratsfraktion, der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum SPIEGEL-Artikel (Vorlagen-Nummer V/2013/11641)
Vorlage: V/2013/11672

Zum TOP 7.7 liegt ein Änderungsantrag des Oberbürgermeisters vor:

- 7.7.1** Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Eigenbetrieb Zentrales Gebäudemanagement (Vorlagen-Nr.: V/2012/11055)
Vorlage: V/2013/11670

und zum TOP

9.20 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum EU-Jahr der Bürgerinnen und Bürger
Vorlage: V/2013/11630

eine Anfrage, die zur nächsten Sitzung im Mai nachgereicht wird.

Herr Bartl gab bekannt, dass eine Information aus dem Finanzausschuss zu der Verwendung restlicher Mittel aus den Jahresabschlüssen vorliegt.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, informierte, dass unter dem TOP 8.1 die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion und die Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM einen Antrag zum Spiegelartikel vom 30.03. gestellt haben.

8.1. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion, der FDP-Stadtratsfraktion, der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum SPIEGEL-Artikel
Vorlage: V/2013/11641

Aufgrund der Diskussionen in den Vorberatungen habe man sich entschlossen, diesen Antrag zurückzuziehen und nicht zu behandeln.

Desweiteren bat **Herr Wolter** zum Antrag seiner Fraktion zum TOP

7.8. Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur strategischen Sozialplanung
Vorlage: V/2013/11368

diesen im Namen seiner Fraktion zu vertagen, da noch Änderungen diskutiert werden müssen.

Der Vertagung des Antrages wurde mit klarer Mehrheit zugestimmt und dieser von der Tagesordnung genommen.

Herr Wolter informierte weiter zum TOP

8.6. Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Unterstützung der Grundschule „Albrecht Dürer“
Vorlage: V/2013/11629,

dass in der Vorbehandlung in der Fraktionssitzung festgestellt wurde, dass das Anliegen zwar interessant sei, aber der Antrag eine kreative Auslegung der Geschäftsordnung darstelle, da nur Fragen und Mitteilungen zu Genehmigungen enthalten seien. Und Herr Kogge habe im Bildungsausschuss schon sehr ausführlich dazu geantwortet und die Position der Verwaltung mitgeteilt.

Aus diesem Grund stellte **Herr Wolter** den Geschäftsordnungsantrag auf Nichtbehandlung.

Als Ergebnis der Abstimmung wurde der Geschäftsordnungsantrag abgelehnt. Damit bleibt der Antrag auf der Tagesordnung.

Herr Sprung, CDU-Fraktion, teilte mit, dass seine Fraktion den Änderungsantrag zum Tagesordnungspunkt 6.1

6.1.1. Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Beschlussvorlage - Neufassung der Sportförderrichtlinie - Vorlagen-Nr.: V/2012/11028
Vorlage: V/2013/11659

zurückzieht.

Auf Nachfrage von **Herrn Krause, SPD-Fraktion**, wurde festgestellt, dass der Antrag der SPD-Fraktion unter TOP

6.4.2. Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Ausbau / Umgestaltung Verkehrsknoten Am Steintor - Gestaltungsbeschluss (Vorlage-Nr. V/2012/11219)

Vorlage: V/2013/11657

in die Vorlage der Verwaltung übernommen wurde.

Damit wurde der Antrag für erledigt erklärt und von der Tagesordnung genommen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 27.03.2013
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom 27.03.2013
5. Bericht des Oberbürgermeisters
6. Beschlussvorlagen
- 6.0 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, CDU, SPD und FDP - Positive Entwicklung der Hochschullandschaft auch in Zukunft sichern
8.11 Vorlage: V/2013/11675
- 6.1 Neufassung der Sportförderrichtlinie
Vorlage: V/2012/11028
- 6.1.1 *Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Beschlussvorlage - Neufassung der Sportförderrichtlinie - Vorlagen-Nr.: V/2012/11028*
Vorlage: V/2013/11659 *zurückgezogen*
- 6.2 Änderung der Gebührensatzung für den Rettungsdienstbereich Halle/Nördlicher Saalekreis
Vorlage: V/2013/11509
- 6.3. Beschluss Kleingartenkonzeption Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10759

- 6.3.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Beschluss Kleingartenkonzeption Halle (Saale) (V/2012/10759)
Vorlage: V/2012/11296
- 6.4 Ausbau / Umgestaltung Verkehrsknoten Am Steintor - Gestaltungsbeschluss
Vorlage: V/2012/11219
- 6.4.1 Änderungsantrag des Stadtrates Christian Feigl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Beschlussvorlage Ausbau / Umgestaltung Verkehrsknoten Am Steintor – Gestaltungsbeschluss (Vorlagen-Nr.: V/2012/11219)
Vorlage: V/2013/11665
- 6.4.2 *Änderungsantrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Beschlussvorlage Ausbau / Umgestaltung Verkehrsknoten Am Steintor - Gestaltungsbeschluss (Vorlage-Nr. V/2012/11219)*
Vorlage: V/2013/11657 *erledigt*
- 6.5 *Nahverkehrsplan der Stadt Halle (Saale) ab 2012, 1. Änderung zur Organisation des ÖSPV (Kap. 6)*
Vorlage: V/2013/11394 *abgesetzt*
- 6.6 Vergabe des neuen Straßennamens Jadeweg
Vorlage: V/2013/11515
- 6.7 Vergabe der 4 neuen Straßennamen Max-Sauerlandt-Ring, Lili-Schultz-Weg, Friedrich-Chrysanther-Weg, Paul-Frankl-Weg
Vorlage: V/2013/11519
- 6.8 Ganztagschule Kastanienallee
Vorlage: V/2013/11443
7. Wiedervorlage
- 7.1 *Antrag des Stadtrates Martin Bauersfeld (CDU) zur Optimierung des Kreuzungsverkehrs am Franckeplatz*
Vorlage: V/2013/11352 *abgesetzt*
- 7.2 *Antrag der Stadträtin Dr. Annegret Bergner (CDU) - Anpassung der Honorarsätze für freie Mitarbeiter des Konservatoriums "Georg Friedrich Händel"*
Vorlage: V/2013/11464 *abgesetzt*
- 7.3 *Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zu Mitgliedschaften der Stadt Halle*
Vorlage: V/2013/11533 *abgesetzt*
- 7.3.1 *Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zu Mitgliedschaften der Stadt Halle [V/2013/11533]*
Vorlage: V/2013/11600 *abgesetzt*
- 7.3.2 *Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zu Mitgliedschaften der Stadt Halle (V/2013/11533)*
Vorlage: V/2013/11661 *abgesetzt*

- 7.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Familienberichterstattung – Teilbericht Kinderarmut
Vorlage: V/2013/11473
- 7.5 *Antrag der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Erhalt des Baumbestandes in der Stadt Halle (Saale)*
Vorlage: V/2012/10844 *abgesetzt*
- 7.6 *Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Namensfindung für ein Stadtviertel nördlich der Altstadt*
Vorlage: V/2013/11461 *abgesetzt*
- 7.7 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Eigenbetrieb Zentrales Gebäudemanagement
Vorlage: V/2012/11055
- 7.7.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Eigenbetrieb Zentrales Gebäudemanagement (Vorlagen-Nr.: V/2012/11055)
Vorlage: V/2013/11670
- 7.8 *Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur strategischen Sozialplanung*
Vorlage: V/2013/11368 *vertagt*
8. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 8.1 *Antrag der CDU-Stadtratsfraktion, der FDP-Stadtratsfraktion, der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum SPIEGEL-Artikel*
Vorlage: V/2013/11641 *zurückgezogen*
- 8.1.1 *Änderungsantrag der Stadtratsfraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SPD zum Antrag der CDU-Stadtratsfraktion, der FDP-Stadtratsfraktion, der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum SPIEGEL-Artikel (Vorlagen-Nummer V/2013/11641)*
Vorlage: V/2013/11672 *zurückgezogen*
- 8.2 Antrag des Stadtrates Dr. Uwe-Volkmar Köck (Fraktion DIE LINKE) zur Umsetzung des Grundsatzbeschlusses Haupterschließungsstraße Gewerbegebiet Halle-Ost (HES) 4. Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100
Vorlage: V/2013/11634
- 8.3 Antrag der Stadträte Dr. Rüdiger Fikentscher (SPD) und Dr. Ulrike Wünscher (CDU) zu einem Universitäts-Gräberfeld auf dem Gertraudenfriedhof
Vorlage: V/2013/11609
- 8.4 Gemeinsamer Antrag der FDP-Stadtratsfraktion, der CDU-Stadtratsfraktion und der SPD-Stadtratsfraktion zur Ausrichtung des Internationalen Hansetages 2019
Vorlage: V/2013/11604
- 8.5 Gemeinsamer Antrag der FDP-Stadtratsfraktion und der SPD-Stadtratsfraktion zum Gedenken an den Volksaufstand in Tibet am 10. März 1959
Vorlage: V/2013/11628

- 8.6 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Unterstützung der Grundschule „Albrecht Dürer“
Vorlage: V/2013/11629
- 8.7 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Wahl eines Mitgliedes in den Jugendhilfeausschuss
Vorlage: V/2013/11624
- 8.8 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum geplanten Verwaltungsneubau am Riebeckplatz
Vorlage: V/2013/11637
- 8.9 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beteiligung der Stadt Halle an der Earth Hour-Aktion
Vorlage: V/2013/11636
- 8.10 Antrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Prüfung von Kooperationsmöglichkeiten des Raumflugplanetariums
Vorlage: V/2013/11643
- 8.11 *Dringlichkeitsantrag der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, CDU, SPD und FDP - Positive Entwicklung der Hochschullandschaft auch in Zukunft sichern*
Vorlage: V/2013/11675
Wird als TOP 6.0 behandelt
9. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
- 9.1 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zu den Auswirkungen der dritten Stufe der Umweltzone
Vorlage: V/2013/11616
- 9.2 Anfrage des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU-Fraktion) zu einer Lärmschutzmaßnahme
Vorlage: V/2013/11538
- 9.3 Anfrage der CDU-Fraktion zur Genossenschaft "Kommunale IT-Union eG"
Vorlage: V/2013/11614
- 9.4 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zu Ersatzgrünpflanzungen im Rahmen der Baumaßnahme Delitzscher Straße
Vorlage: V/2013/11615
- 9.5 Anfrage des Stadtrates Dr. Mohamed Yousif (Fraktion DIE LINKE) zu Migranten/innen in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2013/11613
- 9.6 Anfrage des Stadtrates Swen Knöchel (Fraktion DIE LINKE) zum Vollzug von festgesetzten Bußgeldern
Vorlage: V/2013/11619
- 9.7 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Situation von Flüchtlingen in Halle (Saale)
Vorlage: V/2013/11620

- 9.8 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zum Beschluss des Stadtrates zur Aufstellung eines Kreuzsteines zum Gedenken an den Völkermord an den Armeniern in der osmanischen Türkei (Vorlagen-Nr. V/2012/11110)
Vorlage: V/2013/11621
- 9.9 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zum Stand der Prüfungen eines geeigneten Geländes für Freilufttanzveranstaltungen
Vorlage: V/2013/11622
- 9.10 Anfrage des Stadtrates Klaus Hopfgarten (SPD-Stadtratsfraktion) zur Straßenreinigungssatzung
Vorlage: V/2013/11623
- 9.11 Anfrage der SPD- Stadtratsfraktion zu den Auswirkungen einer Polizeireform für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2013/11644
- 9.12 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Umzug von Fachbereichen zwecks Leerzug von Mietobjekten
Vorlage: V/2013/11627
- 9.13 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Nutzung und Vergabe von städtischen Sporteinrichtungen
Vorlage: V/2013/11471
- 9.14 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur zunehmenden sozialräumlichen Segregation
Vorlage: V/2013/11542
- 9.15 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Ausschreibungspflicht bei Unternehmen mit städtischer Beteiligung
Vorlage: V/2013/11625
- 9.16 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur verkehrlichen Anbindung eines geplanten neuen Supermarktes in Dörlau
Vorlage: V/2013/11626
- 9.17 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Genehmigungsverfahren für Zirkusgastspiele
Vorlage: V/2013/11639
- 9.18 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Auswirkungen der Änderung wasserrechtlicher Vorschriften
Vorlage: V/2013/11640
- 9.19 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Fortschreibung des Raumkonzeptes für städtische Verwaltungsgebäude
Vorlage: V/2013/11642
- 9.20 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum EU-Jahr der Bürgerinnen und Bürger
Vorlage: V/2013/11630

- 9.21 Anfrage des Stadtrates Denis Häder (MitBÜRGER für Halle) zu den Erkenntnissen aus durchgeführten Untersuchungen von Großanlagen zur Trinkwassererwärmung auf Legionellen
Vorlage: V/2013/11631
- 9.22 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Entwicklung der Mitarbeiterzahlen am Eigenbetrieb für Arbeitsförderung
Vorlage: V/2013/11632
- 9.23 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zu den Leitlinien für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen
Vorlage: V/2013/11633
- 9.24 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zum Krippen-Ausbauförderprogramm des Bundes
Vorlage: V/2013/11635
10. Mitteilungen
- 10.1 Jahresrechnung 2012 und Haushaltsplan 2014 der Oelhafe-Zeysesche Stiftung
Vorlage: V/2013/11571
- 10.2 Jahresrechnung 2012 und Haushaltsplan 2014 der Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung
Vorlage: V/2013/11573
- 10.3 ISEK Halle 2025 - Organisations- und Verfahrensvorschlag
Vorlage: V/2013/11428
- 10.4 Quartalsbericht 1/2013 Stadtbahnprogramm Halle des Maßnahmeträgers HAVAG
Vorlage: V/2013/11510
- 10.5 Information des Projektsteuerers BVCS (Bureau Veritas Construction Service GmbH (ehem. IPM)) an den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) "Statusbericht zum Projekt Straßenbahn Riebeckplatz/Hbf. - Büschdorf
Vorlage: V/2013/11558
11. mündliche Anfragen von Stadträten
12. Anregungen
- 12.1 Anregung der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Prüfung der Einführung eines Einbahnstraßensystems
Vorlage: V/2013/11638
- 12.2 Anregung Herr Bönisch zum Umgang mit Änderungsanträgen
13. Anträge auf Akteneinsicht

zu 3 **Genehmigung der Niederschrift**

Es gab keine Einwände gegen die Niederschrift der 42. öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 27.03.2013.

zu 4 **Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, informierte über folgenden in der Stadtratssitzung am 27.03.2013 in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschluss:

zu 4.1 **Anpassung des Beleuchtungsvertrages im § 18 - Preisgleitklausel für Beleuchtungsentgelt** **Vorlage: V/2013/11440**

Beschluss:

Es wird beschlossen, den Beleuchtungsvertrag vom 01.02.2011 im § 18 Preisgleitklausel für Beleuchtungsentgelt entsprechend der Begründung anzupassen.

Die Vertragsanpassung wurde gemäß § 32 Abs. 3 Erhaltungs- und Ergänzungsklausel des Beleuchtungsvertrages im Einvernehmen beider Vertragspartner vorgenommen.

Diesem Beschluss wurde mehrheitlich zugestimmt.

zu 5 **Bericht des Oberbürgermeisters**

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte über den Stand der Gespräche mit dem Landesverwaltungsamt.

Am 04.04. wurde der Haushaltsplan dort abgegeben und seitdem laufe die Frist. Bislang habe die Verwaltung einige Rückfragen auf Arbeitsebene erhalten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand berichtete, dass er im Hinblick auf den Haushalt mit Herrn Pleye ein Gespräch geführt. Man habe sich noch einmal darauf verständigt, die Eröffnungsbilanz im Sommer vorzulegen und den Haushalt 2014 im September einzubringen. Ziel sei, im November den Haushalt für 2014 im Stadtrat beschließen zu lassen und im Dezember die Bestätigung des Landesverwaltungsamtes einzuholen.

Damit hätte die Stadt erstmalig die Chance, zum 01.01. einen möglicherweise bestätigten Haushalt zu bekommen.

Zur Diskussion zum Sparpaket des Landes äußerte sich **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** dahingehend, dass er schon mit allen Ministern diesbezüglich gesprochen habe. Es müsse noch diskutiert werden, wann, in welcher Höhe und mit welchen Richtlinien ein solches Sparkonzept kommt.

Wenn die Richtlinien bekannt sind, müsse man sich darauf einstellen und entsprechende Einzeldiskussion und Verhandlungen mit den zuständigen Ministerien führen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte zur Vereinbarung im Hinblick auf die Haushaltskonsolidierung, dass er mit dem Präsidenten des Landesverwaltungsamtes im Gespräch sei und die verschiedensten Textpassagen besprochen werden. In 2 Wochen finde das nächste Gespräch statt und **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** werde dann unverzüglich im nächsten Hauptausschuss bzw. im nächsten Stadtrat darüber berichten.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand berichtete, dass das Landesverwaltungsamt und auch das Finanzministerium noch einmal deutlich gemacht haben, dass von der Stadt erwartet werde, dass verlässlich und auch haushaltsgemäß die einzelnen Tagesordnungspunkte besprochen werden.

Er erinnerte noch einmal daran, dass die Stadt unter starkem Konsolidierungszwang stehe.

zu 6 **Beschlussvorlagen**

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, verwies darauf, dass der TOP 8.11 lt. Beschluss zur Tagesordnung als TOP 6.0 behandelt werde.

zu 6.0 **Dringlichkeitsantrag der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM, CDU, SPD und FDP - Positive Entwicklung der Hochschullandschaft auch in Zukunft sichern** 8.11. **Vorlage: V/2013/11675**

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, informierte, dass zum Beschlusspunkt 2 in Zeile 3 die Kunsthochschulen (Kirchenmusikschule und Burg Giebichenstein) aufgenommen wurden.

Ebenso soll ein Beschlusspunkt 4 aufgenommen werden.

Herr Krause, SPD-Fraktion, verwies darauf, dass der Punkt 4 zum Inhalt habe, den Oberbürgermeister aufzufordern, in dieser Sache für die Stadt offensiv aktiv zu werden, um den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Halle gegen die Strategie der Landesregierung zu verteidigen.

Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion, bat darum, dass die 4 Beschlusspunkte kurz vorgetragen werden und dann die Abstimmung dazu erfolgen soll.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, stellte fest, dass verabredet war, zur Dringlichkeit nicht zu reden, jedoch zur Sache selbst sollte es eine kurze Aussprache geben. Er wertete den Antrag als Signal an die Landesregierung, dass Halle hinter den Hochschulen stehe und den Hochschulen entsprechenden Rückenwind geben werde.

Herr Lange informierte weiter, dass die Landesregierung im Moment plane, über 70 Mio. Euro aus dem Bereich der Wissenschaft rauszunehmen. Schon im nächsten Jahr sollen 27 Mio. Euro aus dem Wissenschaftshaushalt genommen und in den nächsten 10 Jahren in Jahresscheiben Mittel in Höhe von 5 Mio. Euro den Hochschulen entzogen werden.

Damit gehe ein völlig unkoordinierter Abbau einher, da die Hochschulen auf die Anweisung des Landes nur dadurch reagieren können, dass sie gnadenlos die Stellen nicht wieder besetzen, die gerade frei werden. Anders ließe sich ein solcher Abbau nicht steuern. Das würde aber auch bedeuten, dass es keine Strukturdebatte und keinen strukturierten Prozess

geben werde und dadurch Dinge wegfallen, die für die Hochschulen, aber auch für die Stadt wichtig seien.

Als Beispiel nannte **Herr Lange** die nichtbesetzten Professorenstellen in den Medienwissenschaften. Diese müssten sofort gestrichen werden und damit wäre der Medienstandort Halle geschwächt.

Herr Lange wies weiter darauf hin, dass durch das geplante Sparprogramm der Landesregierung die Vielfalt der Studienangebote und die Qualität gefährdet werden. Ebenso werde dadurch die Zahl der Studierenden zurückgehen und auch weniger Wissenschaftler nach Halle kommen.

Abschließend stellte **Herr Lange** fest, dass die Wissenschaft für die Stadt ganz wichtig sei und er verwies auf den Leibnitz-Preis, der an eine Forscherin der Universität in Halle vergeben wurde. Dies verschaffe landesübergreifend, auch deutschlandweit und international ein gewisses Renommee.

Die Stadt Halle sollte ein Zeichen setzen für ihre Hochschulen und die Stadtverwaltung müsse sich entsprechend dafür einsetzen, dass die Landesebene auf die Bedürfnisse in der Region, auf die regionalpolitische Bedeutung der Hochschulen, entsprechend eingeht.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, stimmte den Ausführungen von Herrn Lange zu und führte weiter aus, dass die Bedeutung der Universität für die Stadt nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Die Universität sei der wichtigste Arbeitgeber für die Stadt und auch der wichtigste Wirtschaftsfaktor.

Herr Wehrich begrüße es ausdrücklich, dass mit dem Antrag ein starkes, gemeinsames Signal, fraktions- und parteiübergreifend gesetzt werde, dass der Stadtrat und die gesamte Stadt Halle zu den Universitäten stehen, und ihre Bedeutung anerkennen.

Er bemerkte weiter dazu, dass er hoffe, dass sich die Landtagsabgeordneten aus Halle in der Diskussion bei den Haushaltsberatungen im Landtag für die Universität einsetzen werden.

Zum Thema Uniklinik führte **Herr Wehrich** noch aus, dass es praktisch undurchführbar sei, die Uniklinik zu schließen. Einsparungen seien kurzfristig nicht möglich, da die Stellen gebunden, die Leute fest eingestellt sind und deshalb nicht entlassen werden können. Auch werde die Bettenkapazität in der Stadt Halle benötigt und insofern sei der Versuch, das Uniklinikum zu schließen viel teurer und würde dem Haushalt negativ zu Buche schlagen.

Herr Wehrich verwies auch darauf, dass noch das Gutachten des Wissenschaftsrates abgewartet werden müsse. Dies sei für Juli avisiert und dann werde auch unterstrichen, dass die Unimedizin in Halle einen guten Stand erreicht hat.

Er merkte weiter an, dass die Uniklinik selbst schon Vorschläge gemacht habe, wie man durch eine Zusammenarbeit mit der Uniklinik in Magdeburg und auch durch mögliche Kooperation mit anderen Kliniken in der Stadt zu einer Konsolidierung kommen kann. Dieser Weg müsse weiter gegangen werden.

Herr Krause verwies darauf, dass der Vorsitzende des Stadtrates die Beschlusspunkte verlesen solle, da keine Überzeugung zur Zustimmung des Antrages notwendig wäre, da der Wichtigkeit des Anliegens schon in der Abstimmung zur Dringlichkeit des Antrages zugestimmt wurde.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, äußerte sich dahingehend, dass zu diesem Anliegen alle Fraktionen an einem Strang ziehen und in Bezug auf die Äußerungen von Herrn Wehrich bat er darum, dass sich dieser weiterer Äußerungen zu diesem Thema enthalte. Seine Fraktion werde dem Antrag einstimmig zustimmen.

Herr Kley, FDP-Fraktion, merkte an, dass eine breite Diskussion zu diesem Thema angemessen sei und betonte die Wichtigkeit der Hochschulen für die Stadt Halle.

Es müsse immer wieder hervorgehoben werden, dass die Stadt Halle und die Universität quasi seit 500 Jahren eine gemeinsame Entwicklung genommen haben. Es gehe nicht um die Frage, wo das Land versuchen könne zu sparen, sondern es gehe um die Frage, ob die Landesregierung Chancen sehe, dieses Land voran zu bringen. Und dazu gehöre die Wissenschaft und die Intelligenz, die gemeinsam in der Stadt dafür sorgen werden, dass zukünftig Arbeitsplätze vorhanden sind.

Herr Kley stellte weiter dazu fest, dass über Abwanderung diskutiert werde und gleichzeitig eine Debatte stattfinde, die verhindere, dass junge Menschen aus anderen Bundesländern in die Stadt kommen.

Er hätte auch mehr von der Verwaltung erwartet und verwies auf das Ressort Wirtschaft und Wissenschaft, mit der Abteilung Wissenschaft. Hier müsse noch deutliche Arbeit geleistet werden. Die Landesregierung sei aufzurütteln, dass es nicht um Zahlen, sondern um die Zukunft des Landes gehe.

Und wenn die Hochschule zum Protest gehen werde, bat **Herr Kley** die Stadträte um Bereitschaft dazu, diesen Protest aktiv zu begleiten.

Zum gleichen Thema informierte **Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM**, über eine Studie zum Thema Wirtschafts- und Beschäftigungsmotor, den die Universität darstelle. Auch darin wurde die Wichtigkeit der Universität für die Stadt unterstrichen.

In der Studie wurde vorgestellt, dass allein 5000 Arbeitsplätze mittelbar nur davon abhängen, dass die Studenten und Mitarbeiter der Universität in der Stadt sind und in irgendeiner Art konsumieren. Und auch der Bevölkerungsrückgang konnte sanfter dargestellt werden, da viele junge Menschen in die Stadt kommen um zu studieren und ein gewisser Prozentsatz dann auch nach Abschluss der Ausbildung in Halle bleibt.

Herr Häder wies weiter darauf hin, dass es ein übereinstimmendes Ziel aller Fraktionen im Stadtrat sei, die Universität dabei zu unterstützen, dass sie weiter gedeihen kann und sich nicht ständigen Kürzungsdebatten ausgesetzt sieht.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, verlas **Herr Bartl** den gesamten Text des Beschlussvorschlages und bat dann um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

Beschluss:

1. Die Stadt Halle (Saale) bekennt sich zu den Hochschuleinrichtungen in ihrer Stadt. Sie misst der Arbeit und Wirkung der Martin-Luther-Universität und der Kunsthochschule Burg Giebichenstein, aber auch der Evangelischen Hochschule für Kirchenmusik die Entwicklung der Stadt eine herausragende Bedeutung bei. Der Zuzug junger qualifizierter Studentinnen und Studenten und der Verbleib vieler Akademikerinnen und Akademiker ist ein wichtiger demografischer Faktor für unsere Stadt. Ebenso bedeutsam sind die Kooperation der Hochschulen mit Unternehmen

aus der Wirtschaft sowie mit den Kultur-, Gesundheits- und Sozialbereichen. Sichtbares Zeichen dafür ist der Weinbergcampus. Hervorzuheben ist ihre eigenständige Funktion als Wirtschaftsfaktor.

Über 22.000 Studierende an den Hochschulen aus dem In- und Ausland bereichern das Leben in der Stadt. Sie sind auch ein wichtiger Imagefaktor und Beleg für Weltoffenheit, Toleranz und Internationalismus in Halle.

2. Halle versteht sich als Stadt der Wissenschaft. Dazu gehören die Universität mit ihrer Medizinischen Fakultät und dem dazugehörigen Universitätsklinikum genauso wie die Kunsthochschulen in ihren bisherigen Ausstattungen. Der Stadtrat protestiert daher entschieden gegen die Pläne der Landesregierung, die Finanzzuweisungen an die Hochschulen zu kürzen. Der Stadtrat fordert die Landesregierung auf, die angekündigten Einsparungen im Landeshaushalt ab dem Jahr 2014 im Bereich der Hochschulen zurückzunehmen.
3. Ausstattungs- und Strukturänderungen an den Hochschulen des Landes müssen auch hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf Region und Wirtschaft bedacht werden. Der Stadtrat fordert die Landesregierung auf, die Stadt Halle in Gespräche zu möglicherweise geplanten Strukturveränderungen im Hochschulwesen, die die Einrichtungen in der Halle betreffen könnten, einzubeziehen.
4. Der Oberbürgermeister wird vom Stadtrat aufgefordert, sich in die laufenden Gespräche auf Landesebene einzubringen und für den Wissenschafts- und Forschungsstandort Halle zu streiten.

zu 6.1 Neufassung der Sportförderrichtlinie Vorlage: V/2012/11028

Dazu übernahm **Herr Hajek, FDP-Fraktion**, das Wort und er stellte fest, dass es endlich mit Hilfe der Fraktionen geschafft wurde, eine konstruktive Vorlage zu entwickeln und zu überarbeiten. Dies sei ein erster Schritt, um den Sportvereinen zu helfen. Man sei zwar noch nicht am Ziel, aber es wurde mit dieser Sportförderrichtlinie ein erster Startschuss gelegt.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss (in geänderter Form/Text):

Die Verwaltung empfiehlt dem Stadtrat, die Neufassung der Sportförderrichtlinie zu beschließen.

zu 6.2 Änderung der Gebührensatzung für den Rettungsdienstbereich Halle/Nördlicher Saalekreis Vorlage: V/2013/11509

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die 3. Änderungssatzung zur Gebührensatzung für den Rettungsdienstbereich Halle/Nördlicher Saalekreis vom 14.12.2011.

zu 6.3 **Beschluss Kleingartenkonzeption Halle (Saale) Vorlage: V/2012/10759**

zu 6.3.1 **Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Beschluss Kleingartenkonzeption Halle (Saale) (V/2012/10759) Vorlage: V/2012/11296**

Herr Kley, FDP-Fraktion, verwies darauf, dass die Kleingartenkonzeption eine wesentliche Entscheidungshilfe für die Verwaltung und den Stadtrat sein werde, zukünftig über Raumplanung, Flächennutzungsplanung und ähnliches in der Stadt nachzudenken.

Der Änderungsantrag seiner Fraktion beziehe sich allerdings auf die Punkte im Beschlusstext, die ein neues Förderprogramm für Halle zum Inhalt haben. Seine Fraktion sei der Meinung, dass das Kleingartenwesen sich in der Stadt und in Deutschland überhaupt, sehr positiv entwickelt habe und es deshalb nicht eines zusätzlichen städtischen Förderprogrammes bedarf, um an dieser Stelle die Entwicklung zu lenken oder zu leiten.

Das öffentliche Interesse müsse darin begründet sein, dass es einen Missstand gäbe und deshalb die öffentliche Hand eingreifen sollte. Dies werde hier nicht gesehen und gerade zu Zeiten der schwierigen Haushaltslage sei es nicht möglich, zusätzlich neue freiwillige Leistungen zu definieren.

Aus diesem Grund bitte seine Fraktion, dem Änderungsantrag zuzustimmen.

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, äußerte sich dahingehend, dass ihre Fraktion die Notwendigkeit für eine entsprechende Haushaltsstelle sehe, um den Wandel, den die Kleingartenkonzeption beschreibt, umsetzen zu können.

Sie führte weiterhin aus, dass im Vorfeld der Erarbeitung eine Anhörung gemacht wurde, die Kleingartenvereine konnten dort noch einmal Stellung beziehen und die Verwaltung habe die Vorlage dann noch einmal überarbeitet.

Frau Krausbeck wies anhand dieses Beispiels darauf hin, dass man durch eine frühzeitige Bürgerbeteiligung zu einem einvernehmlichen Ergebnis kommen kann und sie bedankte sich bei der Verwaltung für die Unterstützung.

Dazu merkte **Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion**, an, dass er erfreut sei, dass man sich heute über die Entwicklung der Kleingärten Gedanken mache.

Seine Fraktion werde der Vorlage aus den Gründen zustimmen, weil die Kleingartenkonzeption eine Bestandsaufnahme über die Kleingartenanlagen in der Stadt enthält und vielfältige Vorschläge für einen Rückbau in den nächsten Jahren nachhaltig macht sowie Vorschläge für die Finanzierung des Rückbaus aufgezeigt werden.

Entgegen der Vorstellung der FDP-Fraktion sei seine Fraktion der Meinung, dass die Einrichtung einer Haushaltsstelle zwingend notwendig sei, damit sich ernsthaft mit dem

Problem beschäftigt werde in den nächsten Jahren.

Herr Dr. Diaby bedankte sich ausdrücklich bei der Stadtverwaltung, dem Kleingartenbeirat, dem Stadtverband der Kleingärtner und vor allem bei Herrn Beigeordneten Stäglin und seinem Team für die sehr gute Arbeit zu diesem Thema.

Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, stellte dazu fest, dass auch seine Fraktion der Vorlage zustimmen werde und erklärte, warum dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion nicht zugestimmt werden könne.

Das Kleingartenkonzept sei ein sehr fundiertes Papier, das deutlich mache, dass aus eigener Kraft die Kleingartenvereine es nicht schaffen werden und wenn das Problem der Kleingartenanlagen in der Stadt angegangen werden soll, sind auch finanzielle Mittel notwendig, um die Kleingärten zu unterstützen.

Herr Knöchel wies in seinen Ausführungen darauf hin, dass ein großer Teil der Grundstücke, auf denen sich Kleingärten befinden, der Stadt gehören und Pachteinahmen erzielt werden. Aus diesem Grund könne man kein Interesse daran haben, dass es dort einen großen Leerstand in den Anlagen gäbe.

Und deshalb werde durch seine Fraktion der Kleingartenkonzeption zugestimmt und auch **Herr Knöchel** bedankte sich bei der Stadtverwaltung dafür, dass der Änderungsantrag seiner Fraktion, was die Vorlage des Vertrages mit dem Stadtverband angehe, übernommen wurde.

**zu 6.3.1 Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Beschluss
Kleingartenkonzeption Halle (Saale) (V/2012/10759)
Vorlage: V/2012/11296**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

Beschlussvorschlag:

Die Beschlusspunkte 3 und 4 werden gestrichen:

1. *Der Stadtrat beschließt die Kleingartenkonzeption als Handlungsgrundlage zur Weiterentwicklung des Kleingartenwesens im Stadtgebiet.*
2. *Die Kleingartenkonzeption soll nach 5 Jahren fortgeschrieben werden.*
3. ~~*Die Verwaltung wird beauftragt, beginnend ab dem Haushaltsjahr 2014, eine Haushaltsstelle für Ausgaben zur Verbesserung des Kleingartenwesens in Umsetzung der Kleingartenkonzeption einzurichten.*~~
4. ~~*Die Verwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat eine Förderrichtlinie zur „Stabilisierung und Förderung des Kleingartenwesens“ in der Stadt Halle (Saale) zum Beschluss vorzulegen.*~~

**zu 6.3 Beschluss Kleingartenkonzeption Halle (Saale)
Vorlage: V/2012/10759**

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

geänderter Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Kleingartenkonzeption als Handlungsgrundlage zur Weiterentwicklung des Kleingartenwesens im Stadtgebiet.
2. Die Kleingartenkonzeption soll nach 5 Jahren fortgeschrieben werden.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, beginnend ab dem Haushaltsjahr 2014, eine Haushaltsstelle für Ausgaben zur Verbesserung des Kleingartenwesens in Umsetzung der Kleingartenkonzeption einzurichten.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat eine Förderrichtlinie zur „Stabilisierung und Förderung des Kleingartenwesens“ in der Stadt Halle (Saale) zum Beschluss vorzulegen.
5. **Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Stadtverband der Gartenfreunde eine Vereinbarung zur Umsetzung der Kleingartenkonzeption auszuhandeln und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.**

zu 6.4 Ausbau/Umgestaltung Verkehrsknoten Am Steintor - Gestaltungsbeschluss Vorlage: V/2012/11219

zu 6.4.1 Änderungsantrag des Stadtrates Christian Feigl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Beschlussvorlage Ausbau / Umgestaltung Verkehrsknoten Am Steintor – Gestaltungsbeschluss (Vorlagen-Nr.: V/2012/11219) Vorlage: V/2013/11665

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erläuterte dazu, dass der von der Verwaltung vorgeschlagene Beschluss aus verkehrlicher Sicht als maximale Vorzugsvariante zu betrachten sei.

Jedoch wies er darauf hin, dass bei der Planung zu beachten sei, dass man sich in gewachsenem historischen Raum bewege, wo viele Bedürfnisse gegeneinander abzuwägen sind und die planerische Lösung einer neuen Ludwig-Wucherer-Straße würde zum Verlust von mehreren Gebäuden entlang der alten Ludwig-Wucherer-Straße führen. Es werde eine Straße durch ein wichtiges und wertvolles Wohngebiet heran gelegt, mit den Folgen, dass Lärm in das angrenzende Paulusviertel hineingetragen werde.

Herr Feigl schlug vor, nach Alternativen zu suchen, um die neue Ludwig-Wucherer-Straße an der vorgeschlagenen Stelle zu vermeiden. Er verwies auf die von der Stadtverwaltung untersuchten Varianten K3 und K4, welche durchaus die Möglichkeiten bieten, den Verkehr an anderer Stelle aufzunehmen.

Aus den vorgebrachten Gründen warb **Herr Feigl** um die Zustimmung zu seinem Änderungsantrag, mit dem Beschlussvorschlag, die von der Stadtverwaltung vorgeschlagene Vorzugsvariante für die neue Ludwig-Wucherer-Straße zu verwerfen und stattdessen aus den Varianten K3 und K4 eine neue Vorzugsvariante zu erarbeiten.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, bedanke sich bei Herrn Löbner, Herrn Otto und Herrn Stäglin dafür, dass sie in der Fraktion noch mal das Bauvorhaben vorgestellt haben und hob die Beteiligung der Bevölkerung an diesem Vorhaben hervor. Er wies aber auch auf die Probleme hin, die ein solcher Prozess mit sich bringe. Es wurden Vorentscheidungen getroffen, die nachvollziehbar und auch begründbar waren, aber dann nur noch verteidigt und nicht mehr korrigiert werden konnten.

Herr Wolter äußerte weiter dazu, dass die Stadträte im Planungsausschuss einen vollkommen schwerwiegenden Fehler gemacht hätten.

Denn laut Vorlage der Verwaltung werde der Erhalt des Pavillons in der weiteren Planung berücksichtigt. Er verwies darauf, dass der Pavillon ungefähr 1,20 m neben der Schiene stehen würde. Das hieße, dass für eine Betriebsöffnungszeit des Pavillons während der Bauphase Wasser, Strom und Warenlieferungen an den Kiosk herangeführt werden müssen, was eine Kostenplanung schwer vorstellbar mache.

Abschließend stellte **Herr Wolter** fest, dass die Verkehrsplaner in der Verwaltung eine Entscheidung gefällt haben, über welche dann nicht mehr diskutiert wurde. Ihm fehle der Begriff der Stadtentwicklung in der Vorlage.

Herr Wolter erklärte im Namen seiner Fraktion, dass sie den Beschlussvorschlag der Verwaltung ablehnen und den Änderungsantrag von Herrn Feigl unterstützen werden.

Herr Felke, SPD-Fraktion, bedankte sich ausdrücklich bei Herrn Beigeordneten Stäglin und seinen Mitarbeitern. Die Organisation der Bürgerbeteiligung sei einzigartig gewesen und trug seiner Meinung nach mit dazu bei, dass von einer vernünftigen Lösung gesprochen werden könne.

Er brachte seine Verwunderung zu den Äußerungen von Herrn Wolter zum Ausdruck, was die Diskussion im Planungsausschuss zu diesem Thema betraf. Die jetzt von Herrn Wolter angeführten Probleme zum Pavillon habe es im Planungsausschuss nicht gegeben.

Er führte weiterhin aus, dass zum Pavillon Rücksprache genommen wurde mit den Planern, auch vor dem Hintergrund der Unterschriftensammlung, Und es wäre durchaus machbar, diesen Pavillon zu erhalten bzw. geringfügig zu verändern und dann dort stehen zu lassen.

Zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfahl **Herr Felke**, sich die Stellungnahme der Verwaltung genauer zu betrachten, denn mit dem Änderungsantrag der Fraktion laufe man Gefahr, Fördermittel in Größenordnungen zu verlieren. Auch werde die Leistungsfähigkeit des Knotens am Steintor erheblich gemindert.

Aufgrund dieser Argumente stellte **Herr Felke** klar, dass man diesen Änderungsantrag nur ablehnen könne und man dabei bleiben sollte, was im Planungsausschuss mit breiter Mehrheit beschlossen wurde.

Herr Dr. Köck, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, informierte, dass er sich noch einmal intensiv mit der Problematik befasst habe und er in vielen Dingen zu ähnlichen Schlussfolgerungen gekommen sei, wie Herr Feigl.

In Bezug auf die Fördermittel erklärte er, dass sie zwar gut seien, aber man dadurch leichter einer Planung zustimme, da 90 % gefördert werden und im gleichen Atemzug werde um Geld für die Universität gestritten. Dies seien zwar unterschiedliche Töpfe, aber den Euro könne man nur einmal ausgeben.

In Bezug auf die Straßenplanung am Steintor ergänzte er, dass seiner Meinung nach eventuell die optimale Variante im Bereich von K3 liege und er Herrn Wolters Meinung ausdrücklich teile.

Desweiteren erklärte **Herr Dr. Köck**, dass er dem ersten Teil der Vorlage der Verwaltung zum Steintor zustimme, ebenso der Straßenbahnführung, aber über die Straßenführung sollte noch einmal nachgedacht werden.

Herr Sänger, CDU-Fraktion, brachte seine Verwunderung darüber zum Ausdruck, dass die Diskussion beispielhaft dafür wäre, dass über viele Ausschusssitzungen fachlich und abschließend beraten wurde und jetzt im Stadtrat eine neue Diskussion dazu aufgemacht werde.

Er sei der Auffassung, dass dem Änderungsantrag von Herrn Feigl nicht zugestimmt werden könne und seine Fraktion werde für die Vorlage der Verwaltung votieren.

zu 6.4.1 Änderungsantrag des Stadtrates Christian Feigl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Beschlussvorlage Ausbau / Umgestaltung Verkehrsknoten Am Steintor – Gestaltungsbeschluss (Vorlagen-Nr.: V/2012/11219) Vorlage: V/2013/11665

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Beschlusstext erhält folgende neue Fassung:

*„Die Vorzugsvariante (Anlage 2) der Vorplanung einschließlich der Gestaltungsprinzipien (Gestaltungsplan siehe Anlage 4 und Regeldetails siehe Anlage 5) zum Ausbau des Verkehrsknotens Am Steintor wird **hinsichtlich des Teilbereichs Platz Am Steintor bis zur Kreuzung der Ludwig-Wucherer-Straße** bestätigt. **Bezüglich des Teilbereiches Kreuzung Ludwig-Wucherer-Straße / Berliner Straße werden die untersuchten Varianten K3 und K4 der weiteren Planung zugrunde gelegt. Die Vorzugsvariante steht unter Vorbehalt der Bereitstellung der beantragten Fördermittel.**“*

zu 6.4 Ausbau/Umgestaltung Verkehrsknoten Am Steintor - Gestaltungsbeschluss Vorlage: V/2012/11219

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

geänderter Beschluss:

Die Vorzugsvariante (Anlage 2) der Vorplanung einschließlich der Gestaltungsprinzipien (Gestaltungsplan siehe Anlage 4 und Regeldetails siehe Anlage 5) zum Ausbau des Verkehrsknotens Am Steintor wird bestätigt. Sie steht unter Vorbehalt der Bereitstellung der beantragten Fördermittel. **Der Erhalt des Pavillons ist in der weiteren Planung zu berücksichtigen.**

zu 6.6 Vergabe des neuen Straßennamens Jadeweg Vorlage: V/2013/11515

Herr Dr. Wend, SPD-Fraktion, regte an, darüber nachzudenken, in Zukunft mehr zu Ehren von Personen oder andere prägnante Straßennamen zu nutzen. Im vorliegenden Fall liege die Straße räumlich nicht unmittelbar zu den anderen Edelsteinstraßen in Verbindung und er

bat um eine Zurückstellung der Namensgebung Jadeweg und der Findung eines anderen Namens für diesen Straßenzug.

Im Namen seiner Fraktion bat **Herr Dr. Wend** um Zurückstellung des Antrages.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, bat um Abstimmung zur Zurückstellung des Antrages. Laut Abstimmung wurde der Antrag auf Zurückstellung abgelehnt.

Es lagen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat bestätigt den Straßennamen Jadeweg für die neue Erschließungsstraße im Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 32.5 Heide-Süd, 1. Änderung.

zu 6.7 Vergabe der 4 neuen Straßennamen Max-Sauerlandt-Ring, Lili-Schultz-Weg, Friedrich-Chrysander-Weg, Paul-Frankl-Weg
Vorlage: V/2013/11519

Herr Krause, SPD-Fraktion, verwies darauf, dass eventuell die Straßennamenskonzepcion von 1998 auf Anpassung auf die Gegebenheiten von heute geprüft werden müsse.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Der Stadtrat bestätigt die Straßennamen Max-Sauerlandt-Ring, Lili-Schultz-Weg, Friedrich-Chrysander-Weg, und Paul-Frankl-Weg für die neuen Erschließungsstraßen im Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 145.1 „Kaserne Lettin“.

zu 6.8 Ganztagschule Kastanienallee
Vorlage: V/2013/11443

Dazu merkte **Frau Raab, FDP-Fraktion**, kurz an, dass es unstrittig sei, die Schule Kastanienallee zur Ganztagschule zu machen. Da aber in einer der Anlagen eine Stellungnahme von einem Elterngremium vorliege, wo eindeutig eine positive Stellungnahme zur Gemeinschaftsschule abgegeben wurde, kam es zu Diskussionen in den Ausschüssen. Aus diesem Grund bat sie die Verwaltung, in Zukunft darauf zu achten, dass gleiche Begrifflichkeiten verwendet werden, um unnötige Diskussionen zu vermeiden.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, nahm die Kritik an und versprach, in Zukunft darauf zu achten, dass bei den Anlagen die Wortwahl der Stellungnahmen entsprechend dem Antrag zuzuordnen ist.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) stimmt dem Antrag der Sekundarschule Kastanienallee zu und stellt im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel die räumliche, sachliche und personelle Ausstattung zur Umsetzung des Ganztagschulkonzeptes sicher.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, informierte, dass Herr Dr. Köck die Sitzung bald verlassen müsse und er schlug vor, den Antrag zum TOP 8.2 vorzuziehen und jetzt zu behandeln.

**zu 8.2 Antrag des Stadtrates Dr. Uwe-Volkmar Köck (Fraktion DIE LINKE) zur Umsetzung des Grundsatzbeschlusses Hupterschließungsstraße Gewerbegebiet Halle-Ost (HES) 4. Bauabschnitt: Delitzscher Straße bis B 100
Vorlage: V/2013/11634**

Herr Dr. Köck, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, informierte, dass der Planfeststellungsbeschluss zu diesem Vorhaben vorliege und jetzt die Detailplanung für den Bau stattfinden könne.

Sein Antrag richte sich darauf aus, den Bau in 3 Bauabschnitte zu untergliedern und so schnell es geht mit dem Bau zu beginnen.

Herr Felke, SPD-Fraktion, äußerte sich zur Stellungnahme der Verwaltung dahingehend, dass darin die Verwaltung empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären, obwohl es nach seiner Erinnerung einen Grundsatzbeschluss zum letzten Bauabschnitt gäbe. Jetzt beginne die entscheidende Phase und es müsse alles daran gesetzt werden, die notwendigen Finanzmittel einzuwerben.

Herr Felke wies darauf hin, dass es schwer gewesen sei, zu diesem Grundsatzbeschluss zu kommen und eine weitere Diskussion sei nicht hilfreich, auch was die Fördermittel betreffe. Aus diesem Grund plädierte er dafür, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen und den Antrag abzulehnen.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, führte zum gleichen Thema aus, dass in dem Antrag viele wichtige Punkte angesprochen werden und eine intensive Beschäftigung damit noch erforderlich sei. Auch müsse der Verwaltung die Gelegenheit gegeben werden, umfangreich darzulegen, wie die Planung der HES beabsichtigt sei.

Aus den vorgenannten Gründen verwies **Herr Wehrich** den Antrag im Namen seiner Fraktion in den Planungsausschuss.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen
durch Geschäftsordnungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
in den
Ausschuss für Planungsangelegenheiten

Beschlussvorschlag:

In Erwartung des Planfeststellungsbeschlusses sind die Ausführungsplanung und die folgende bauvorbereitende Leistungsphase wie folgt zu gestalten:

1. *Untergliederung des Planfeststellungsabschnittes 4 in 3 separate Bauabschnitte:
a) Delitzscher Straße – Reideburger Landstraße
b) Reideburger Landstraße – Berliner Straße
c) Berliner Straße – B 100*
2. *Entwicklung des Bauablaufes mit dem Ziel der schnellstmöglichen Verkehrswirksamkeit ausgehend von der Delitzscher Straße.*
3. *Beantragung der Fördermittel entsprechend der 3 Bauabschnitte.*
4. *Parallele Fortsetzung der Planung des Abschnittes c) Berliner Straße – B 100.*

zu 7 Wiedervorlage

zu 7.4 Antrag der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Umsetzung der Handlungsempfehlungen der Familienberichterstattung – Teilbericht Kinderarmut Vorlage: V/2013/11473

Frau Krausbeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erinnerte daran, dass es schon eine breite Zustimmung zu diesem Antrag gäbe und man einem Maßnahmenplan zur Umsetzung der Empfehlungen der Familienberichterstattung zur Kinderarmut im 3. Quartal 2013 entgegen sehe.

Auch **Frau Haupt, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat**, appellierte daran, dass man das sehr gute Ergebnis, dass in den Fachausschüssen erzielt wurde, auch im Stadtrat seinen Niederschlag findet und betonte, dass es nicht darum ginge, mehr Geld auszugeben, sondern dass das Geld gebündelt werde, damit die Maßnahmen, die schon da sind, besser miteinander koordiniert werden können.

In den Ausschüssen wurde auf drei Schwerpunkte hingewiesen. Zum einen gehe es darum, die Bedingungen für die Eltern zu verbessern und ebenso die Rundumbedingungen für die Kinder sowie die individuellen Bedingungen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

geänderter Beschluss:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zum III. Quartal 2013 auf der Grundlage der Handlungsempfehlungen der 2. Familienberichterstattung – Teilbericht Kinderarmut einen vom Stadtrat zu beschließenden Maßnahmenplan gegen Kinderarmut vorzulegen.

2. Über die Umsetzung der Maßnahmen wird ~~jährlich~~ **1 ½ jährlich** im Jugendhilfeausschuss und Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss in Form eines Berichtes durch die Verwaltung informiert. Die Stadtverwaltung analysiert darin weiterhin die Wirksamkeit der Handlungsempfehlungen und die Qualität der Zusammenarbeit mit den verantwortlichen Akteuren.

zu 7.7 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Eigenbetrieb Zentrales Gebäudemanagement
Vorlage: V/2012/11055

zu 7.7.1 Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Eigenbetrieb Zentrales Gebäudemanagement
(Vorlagen-Nr.: V/2012/11055)
Vorlage: V/2013/11670

Herr Kley, FDP-Fraktion, erinnerte daran, dass der Antrag deshalb auf die Tagesordnung gekommen sei, da die Geschäftsordnung besage, dass nach ½ Jahr ein Antrag wieder im Stadtrat zu erscheinen hat, wenn er bis dahin nicht behandelt wurde.

Er freue sich auch über den Änderungsantrag des Oberbürgermeisters, der von seiner Fraktion selbstverständlich übernommen werde. Man könne aus diesem Änderungsantrag entnehmen, dass offensichtlich auch in der Verwaltung die Einsicht gereift sei, dass es das Beste wäre, um Entscheidungsvorgänge, klare Zuständigkeiten und finanzielle Verhältnisse transparenter zu gestalten, wenn das Zentrale Gebäudemanagement wieder Teil der Verwaltung wird.

Herr Kley brachte weiterhin zum Ausdruck, dass man mit Freude den Entscheidungen der Verwaltung entgegentsehe, ab 1. Januar nächsten Jahres eine neue Struktur vorzulegen.

Zum gleichen Thema äußerte sich **Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat**, dahingehend, dass er die Freude nicht teilen könne, da er nicht verstehe, dass im Änderungsantrag des Oberbürgermeisters nur ein neues Jahr eingesetzt wurde. Seit Jahren werde sich mit dem Thema beschäftigt und die Gutachter seien bei der Vorstellung des Gutachtens in den Fraktionen zu anderen Ergebnissen gekommen, als im Antrag jetzt dargestellt.

Herr Dr. Meerheim berichtete weiter, dass das Gutachten im Auftrag der Stadt erstellt wurde und das Ergebnis dieses Gutachtens, zu mindestens von der Stoßrichtung des Antrages, deutlich abweiche. Insofern könne er nicht verstehen, warum sich die Verwaltung auf dieses Gutachten beziehe und warum der Oberbürgermeister die Ergebnisse des Gutachtens, wie sie in den Fraktionen vorgestellt worden, in seinem Änderungsantrag offensichtlich nicht entsprechend würdigt.

Aus diesem Grund könne der Antrag nicht nachvollzogen werden und seine Fraktion werde ihn ablehnen.

Herr Krause, SPD-Fraktion, stimmte den Ausführungen von Herrn Kley zu, dass das Thema Zentrales Gebäudemanagement schon mindestens 5 oder 7 Jahre diskutiert werde. Und trotz des langen Diskussionszeitraumes regte er an, den Antrag noch einmal zu

vertagen, um den Stadträten ordentlich zu erläutern, was die Verwaltung wirklich vorhabe. Es müsse gemeinsam darüber gesprochen werden, was eigentlich Ziel dieser Maßnahme ist und dann könne darüber nachgedacht werden, ob der Zeitpunkt 2014 richtig sei.

Herr Krause regte an, die Vorlage um 2 Monate zu vertagen.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, stimmte seinen Vorrednern ausdrücklich zu und wies auch darauf hin, dass das Gutachten zu einem anderen Ergebnis gekommen ist. Nämlich, dass die Struktur, die im Moment in der Stadt vorhanden ist, mit dem ZGM grundsätzlich gut geeignet wäre, diese Aufgaben zu erledigen und die Probleme einen anderen Hintergrund hätten. Es mangle an klaren Vorgaben der Stadt, wie mit dem Gebäudebestand der Stadt umzugehen sei.

Insofern widerspreche das Ergebnis des Gutachtens ganz klar der Stoßrichtung des Antrages.

Deswegen verwies **Herr Wehrich** im Namen seiner Fraktion den Antrag in den Finanzausschuss und in den Hauptausschuss.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, bat um Abstimmung des Antrages von Herrn Wehrich, weil er als Wiedervorlage nur die Geschäftsordnung erfülle. Er kritisierte Herrn Oberbürgermeister Dr. Wiegand dahingehend, dass nur aufgrund der zu späten Erfüllung der Geschäftsordnung ein Änderungsantrag ohne Diskussion eingebracht werde. Dies sei fachlich nicht nachvollziehbar.

Seine Fraktion würde der Verweisung zustimmen, aber der Antrag werde aufgrund einer nicht ausführlichen Darlegung abgelehnt.

Herr Wolter verwies den Antrag zur weiteren Diskussion in den Eigenbetriebsausschuss ZGM.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft, gab Herrn Krause recht, was die Diskussion um das ZGM, um die Organisationsform betraf. Seit Jahren werde darüber diskutiert und das Ergebnis der Untersuchung war auch, dass es nicht die entscheidende Frage sei, ob man es im Eigenbetrieb oder in der Verwaltung organisiert. Man könne es in beiden Formen tun. Wichtig sei aber, dass es eine Strategie gibt und dabei ein optimales Immobilien- und Verwaltungsmanagement herauskommt.

Die Zielstellung des Antrages sei, so stellte **Herr Beigeordneter Neumann** fest, da es einen Grundsatzbeschluss gäbe auf Grundlage des Antrages der FDP, dass eine Überführung in die Verwaltung gemacht werden sollte, um in der Verwaltung die Liegenschaften, das Eigentum und die Bewirtschaftung zusammen zu führen, im Sinne eines effektiven Immobilienmanagements.

Insofern werbe er dafür, einen Grundsatzbeschluss zu fassen, da es auch für die Mitarbeiter im Eigenbetrieb ein wichtiges Signal sei, damit sie wissen, wo sie letztendlich hingehören.

Herr Beigeordneter Neumann wies weiter darauf hin, dass ein Eigenbetrieb letztendlich nur ein Sondervermögen der Verwaltung sei und in diesem Fall ohne Vermögen, da sich dies wieder bei der Stadt Halle befinde. Eine Alternative wäre nur, dass alle Immobilien wieder in den Eigenbetrieb zurückgeführt werden müssten.

Insofern spreche vieles dafür, wieder ein einheitliches Management in der Verwaltung aufzubauen.

zu 7.7.1 **Änderungsantrag des Oberbürgermeisters zum Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Eigenbetrieb Zentrales Gebäudemanagement (Vorlagen-Nr.: V/2012/11055)**
Vorlage: V/2013/11670

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**
durch Geschäftsordnungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
in den
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften
und in den
Hauptausschuss

durch Geschäftsordnungsantrag
der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM
in den
Eigenbetriebsausschuss Zentrales GebäudeManagement

Beschlussvorschlag:

Der Eigenbetrieb Zentrales Gebäudemanagement wird zum 01. Januar 2013 ~~2014~~ in die Stadtverwaltung eingegliedert.

zu 7.7 **Antrag der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Eigenbetrieb Zentrales Gebäudemanagement**
Vorlage: V/2012/11055

Abstimmungsergebnis: **verwiesen**
durch Geschäftsordnungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
in den
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften
und in den
Hauptausschuss

durch Geschäftsordnungsantrag
der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM
in den
Eigenbetriebsausschuss Zentrales GebäudeManagement

Beschlussvorschlag:

Der Eigenbetrieb Zentrales Gebäudemanagement wird zum 01. Januar 2013 in die Stadtverwaltung eingegliedert.

zu 8 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 8.3 Antrag der Stadträte Dr. Rüdiger Fikentscher (SPD) und Dr. Ulrike Wünscher (CDU) zu einem Universitäts-Gräberfeld auf dem Gertraudenfriedhof Vorlage: V/2013/11609

Herr Dr. Fikentscher, SPD-Fraktion, erläuterte, dass es sich bei dem Antrag darum handele, dass aus der Mitte der Universität heraus der Wunsch entstanden sei, ein Universitätsgräberfeld einzurichten, um damit auch die Geschichte der Universität in die Zukunft hinein und die Verbundenheit über den Tod hinaus zu zeigen und geschlossen darzustellen.

Die Initiative der Universität hätte sich an den Verein für Friedhofskultur in Halle und Umgebung gewandt, weil sie nicht noch einen Verein gründen wollten.

Man habe sich der Sache angenommen und besprochen, aber in Gesprächen mit der Stadtverwaltung stellte sich heraus, dass nicht ganz klar sei, ob zu diesem Zweck einiges in der Friedhofssatzung geregelt oder geändert werden müsste.

Mit dem Antrag bitte man die Stadtverwaltung um Prüfung und um die Schaffung der notwendigen Voraussetzungen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob die Friedhofssatzung der Stadt Halle die Voraussetzung dafür bietet:

1. Ein Universitäts-Gräberfeld auf dem Gertraudenfriedhof einzurichten. Wenn nicht, dann die verwaltungstechnischen Voraussetzungen für so ein solches zu schaffen.
2. Welche Voraussetzungen müssen die Personen erfüllen, die eine Bestattung auf diesem Gräberfeld wünschen (Universitätsangehöriger, Einwohner von Halle)?

zu 8.4 Gemeinsamer Antrag der FDP-Stadtratsfraktion, der CDU-Stadtratsfraktion und der SPD-Stadtratsfraktion zur Ausrichtung des Internationalen Hansetages 2019 Vorlage: V/2013/11604

Herr Kley, FDP-Fraktion, informierte, dass man mit diesem Antrag anschließen möchte, an einen Beschluss des Stadtrates von 2009, als die Stadt Halle sich für die Ausrichtung des Internationalen Hansetages 2017 beworben hatte. Diese Bewerbung war damals nicht von Erfolg gekrönt, allerdings bestände jetzt die Chance, 2019 den Hansetag nach Halle zu holen.

Mit diesem Ereignis bestehe für Halle eine große Chance, auch international Ansehen zu erringen. Die Stadt werde über die Stadtgrenzen hinaus bekannt und langfristig im erweiterten Umfang Touristen anziehen.

Zum anderen sei die Hanse eine alte Wirtschaftsvereinigung und das hieße auch, die Personen, die Interesse haben an Investitionen, werden verfolgen, wo der Hansetag hingehet und wie sich die Kommunen dementsprechend darstellen.

In Bezug auf die Diskussionen zum Haushalt stellte **Herr Kley** fest, dass Halle knapp die Hälfte des Gewerbesteueraufkommens der Stadt Magdeburg habe und durchaus für weitere Ideen zugänglich sein sollte, um die Kraft der Stadt vereint in die Gewinnung von neuen Investitionen und Arbeitsplätzen einzusetzen. Dafür sei der Hansetag hervorragend geeignet.

Herr Kley führte weiterhin aus, dass der Fehler gemacht wurde, Circa-Kosten in den Antrag hineinzuschreiben. Aber er glaube, dass es wichtig sei, auch zu sagen, dass solche Ereignisse natürlich auch das finanzielle Engagement der Kommune erfordern. Und es sei sinnvoll, langfristig darüber nachzudenken, die Summe aufzubringen.

Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, führte dazu aus, dass zu überlegen sei, ob es wirklich zielführend wäre, den Hansetag auszurichten, da es immerhin um finanzielle Mittel in Höhe von 500.000 Euro ginge. Die Summe erscheine ihm zu hoch, auch im Hinblick auf die Diskussionen über die vorhandenen Mittel der Stadt. Auch glaube er nicht, vor allem wegen der kurzen Hanse-Tradition der Stadt Halle, dass das touristische Profil in der Stadt Halle geschärft werde.

Weiter wies er darauf hin, dass die Hanse für die Stadt Halle und die Stadtentwicklung nicht die Bedeutung hätte, die ihr jetzt mit der Ausrichtung des Hansetages beigemessen werde. Aus diesem Grund plädierte **Herr Knöchel** dafür, dass die 500.000 Euro für Tourismusförderung in der Stadt dafür in die Hand genommen werden sollten, um das Profil Händelstadt weiter zu stärken.

Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN, äußerte sich dahingehend, dass er nicht glaube, dass der Hansetag die Stadt wirtschaftlich weiter bringen werde. Auch die finanziellen Mittel in Höhe von 500.000 Euro sehe er als Problem an, da bekannt sei, dass die anderen Städte viel mehr Geld in die Hand nehmen mussten, z. B. Gardelegen rund 1 Mio. Euro und auch Lübeck 1,2 Mio. Euro, um den Hansetag auszurichten.

Und vor dem Hintergrund der prekären Haushaltssituation der Stadt sei es nicht vorstellbar, dass diese Mittel in den nächsten Jahren angespart werden könnten.

Schon im Hauptausschuss habe er deutlich erwähnt, dass man den Initiativen und Vereinen und Verbänden in der Stadt nicht vermitteln könne, dass für sie keine Gelder da sind und auf der anderen Seite eine Million Euro für diesen Hansetag ausgegeben werde.

Aus diesem Grund werde seine Fraktion diesem Antrag nicht zustimmen.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, erklärte, dass die antragstellenden Fraktionen verantwortungslos handeln mit diesem Antrag, da nicht sicher sei, dass Halle in der Lage wäre, diesen internationalen Hansetag finanziell auszurichten.

Mit den vorgeschlagenen Mitteln in Höhe von 500.000 Euro sei diese Veranstaltung nicht zu bewerkstelligen und **Herr Wolter** verwies darauf, dass selbst die Kleinstadt Salzwedel schon 1 Mio. Euro aufgebracht hatte.

Herr Wolter empfahl, den Antrag zurückzunehmen und zu beraten.

Zu den Ausführungen von Herrn Wolter stellte **Herr Krause, SPD-Fraktion**, klar, dass es verantwortungslos gewesen sei, die beiden Dringlichkeitsanträge abzulehnen, die vom Landesverwaltungsamt initiiert worden seien zur Rückführung der Mittel HWG und GWG.

Die Ausrichtung des Hansetages unterliege aber einer gewissen Verhältnismäßigkeit und man müsse auch mal Geld in die Hand nehmen, wolle man bestimmte Ziele erreichen, auch wenn sich die Stadt in einer schwierigen finanziellen Lage befinde.

Herr Krause verwies in seinen Ausführungen darauf, dass die Stadt Salzwedel 1,2 Mio. Euro für den Hansetag zur Verfügung hatte, aus Eigenmitteln und durch Sponsorengelder. Und da müsse auch Halle in der Lage sein, über Sponsorengelder, über Firmen, die in Halle angesiedelt sind, diese Mittel aufzubringen.

Und an Herrn Wehrich gewandt, stellte **Herr Krause** fest, dass die Aussagen zur Nichtfinanzierung von Vereinen und Verbänden keine Grundlage für eine Begründung seien. Man rede hier über zweckgebundene wirtschaftsfördernde Mittel und nicht über das Geld, was Vereinen und Verbänden weggenommen werde.

Herr Krause bat darum, die Verantwortung wahrzunehmen, da eine solche Chance nicht ohne weiteres wiederkomme.

An Herrn Knöchel gewandt äußerte sich **Herr Kley** dahingehend, dass Halle viel mit der Vereinigung der Hanse zu tun hat und nach Aussage von Fachleuten habe der Hansetag einen Wertschöpfungskoeffizient von ca. 1:17. Das heißt, ein eingesetzter Euro bringe 17 Euro Gewinn.

Herr Kley wies weiter darauf hin, dass es auch in der gegenwärtigen Haushaltssituation viele Möglichkeiten gäbe zu sparen. Ebenso könne man die Wirtschaftsförderung beauftragen, über die 5 Jahre eine Finanzierung sicher zu stellen.

Abschließend stellte **Herr Kley** fest, dass er die Auffassung von Herrn Krause teile, was die Ablehnung der Dringlichkeitsanträge zur Rückführung der Mittel der Wohnungsgesellschaften betreffe. Da ging es um eine Summe von 10 Mio. Euro für die Stadt und er könne nicht verstehen, dass jetzt um 500.000 Euro gestritten werde.

Dazu äußerte sich **Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat**, mit der Bitte an die Verwaltung, mal die Zahlen von Salzwedel oder anderen Städten, die den Hansetag durchgeführt haben, vergleichsweise vorzulegen. Ihn würde interessieren, ob die von Herrn Kley gemachten Zahlen in den verschiedenen Städten erreicht worden sind und welche Ansiedlungen z. B. in Salzwedel in den letzten 4 Jahren stattgefunden haben im Ergebnis des Hansetages.

Zu den Äußerungen von Herrn Krause stellte **Herr Dr. Meerheim** klar, dass seine Fraktion nicht gegen die Vorlage zur Rückführung der Mittel der Wohnungsgesellschaften gestimmt, sondern sich der Stimme enthalten habe.

Desweiteren wies er darauf hin, dass bei der Abstimmung zur Vorlage zur Kleingartenkonzeption, wo nur wenige Mittel bereitgestellt werden müssten, die FDP-Fraktionen dagegen gestimmt habe, auch mit der Begründung, dass dies eine zusätzliche freiwillige Aufgabe sei. Aber die Ausrichtung des Hansetages sei auch eine freiwillige Aufgabe mit einem viel höheren finanziellen Aufwand.

Und natürlich müsse auch die Konsolidierung des Haushaltes im Auge behalten werden und aus diesem Grund bat **Herr Dr. Meerheim** darum, den Antrag in den Finanzausschuss zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag
der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat
in den

Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, sich auf dem Internationalen Hansetag 2013 in Herford um die Ausrichtung des Internationalen Hansetages 2019 zu bewerben.

Die Mittel zur Ausrichtung des Hansetages in Höhe von ca. 500.000 € sind in den HH-Jahren 2015 bis 2019 anzusparen.

**zu 8.5 Gemeinsamer Antrag der FDP-Stadtratsfraktion und der SPD-Stadtratsfraktion zum Gedenken an den Volksaufstand in Tibet am 10. März 1959
Vorlage: V/2013/11628**

Frau Raab, FDP-Fraktion, merkte an, dass sich die Stadt Halle in jedem Jahr an der Initiative beteiligt hätte. In diesem Jahr habe sich jedoch der neue Oberbürgermeister dagegen entschieden, doch dies hatte den positiven Nebeneffekt, dass die Aktion des Fahnenhissens eine große Aufmerksamkeit bekommen habe.

Sie appellierte an alle Fraktionen, dieser Aktion in den nächsten Jahren mehr Aufmerksamkeit zu geben, als es bisher der Fall war und sie lade auch für die nächsten Jahre die Vertreter der Medien herzlich dazu ein.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Die Stadt Halle (Saale) gedenkt auch künftig der Opfer des Volksaufstandes in Tibet am 10. März 1959. Dazu wird unter anderem jedes Jahr am 10. März die tibetische Flagge als Symbol für kulturelle Identität, freie Religionsausübung ohne staatliche Repression und gegen ethnische „Säuberungen“ auf dem Marktplatz gehisst.

**zu 8.6 Antrag der FDP-Stadtratsfraktion zur Unterstützung der Grundschule
„Albrecht Dürer“
Vorlage: V/2013/11629**

Frau Raab, FDP-Fraktion, informierte, dass es im Antrag darum ginge, dass eine Elterninitiative einen Mangel in der Schule festgestellt und mit viel Kraft und Eigeninitiative Geld gesammelt habe, um diesen Mangel in eigener Regie zu beheben.

Ihre Fraktion wolle die Stadtverwaltung, insbesondere den Fachbereich Bildung, ermutigen, mit diesem Antrag sich gewappnet zu fühlen, diese Initiative zu unterstützen.

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, verwies darauf, dass die Initiative zu unterstützen sei, er aber den Inhalt des Antrages, dass die Stadt ein Konzept unterstütze, nicht befürworten kann. Auch habe die Stadt die gestellten Fragen schon beantwortet und aus diesem Grund sollte darüber abgestimmt werden, dass der Antrag schon erledigt sei.

Dazu erklärte **Frau Dr. Brock, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**, im Namen ihrer Fraktion, diesen Antrag nicht für erledigt zu erklären, sondern ihn in den Bildungsausschuss zu verweisen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, stimmte ebenfalls einer Verweisung in den Bildungsausschuss zu.

Herr Bönisch, CDU-Fraktion, berichtete, dass die Initiative sehr gut anlaufe und man einer Unterstützung nur zustimmen könne.

Er sei aber der Auffassung, dass laut Antrag die Unterstützung der Initiative zugestimmt werden sollte, was jetzt nicht möglich sei, da der Antrag in den Bildungsausschuss verwiesen wurde. Damit habe man sich um den Unterstützungsbeschluss gedrückt. Seine Fraktion überstütze ausdrücklich das Ansinnen und die Elterninitiative.

Zum gleichen Thema äußerte sich **Herr Lange, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat**, dahingehend, dass auch seine Fraktion den Antrag verwiesen hätte, weil man sich damit noch einmal auseinandersetzen möchte. Und die Interpretation von Herrn Bönisch, dass die Verweisung des Antrages eine Unterstützung ausschließe, sei nicht angebracht.

Herr Lange wandte sich mit der Frage an die Verwaltung, woran es liege, dass keine Stellungnahme der Verwaltung vorhanden sei.

Dazu teilte **Herr Beigeordneter Kogge** mit, dass dies aus Zeitgründen nicht möglich war. Man sei in der Abstimmung und man wolle den Antrag in den Bildungsausschuss verweisen.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen
durch Geschäftsordnungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
in den
Bildungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Stadt unterstützt das Konzept der Eltern der Grundschule „Albrecht Dürer“ zur Sanierung des Schulhofes, des Schulgartens und des Sportplatzes. Die Stadtverwaltung teilt dem Stadtrat bis zur Sitzung des Bildungsausschusses am 07. Mai 2013 mit, welche Genehmigungen erteilt und Baumaßnahmen durchgeführt werden müssen und welche finanzielle Beteiligung durch die Stadt Halle Saale) erfolgt.

zu 8.7 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Wahl eines Mitgliedes in den Jugendhilfeausschuss
Vorlage: V/2013/11624

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Der Stadtrat wählt Herrn Steffen Ahrens als Stellvertreter für das stimmberechtigte Mitglied Dr. Inés Brock im Jugendhilfeausschuss der Stadt Halle (Saale).

**zu 8.8 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum geplanten
Verwaltungsneubau am Riebeckplatz
Vorlage: V/2013/11637**

Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, führte dazu aus, dass er im Planungsausschuss schon mehrfach angemahnt habe, die Planung der HWG zum Riebeckviertel frühzeitig in den Gremien des Stadtrates zu besprechen und aus diesem Grund bat er um Unterstützung des Antrages.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft, merkte dazu an, dass die Verwaltung dem Anliegen des Antrages folgen könne, er es aber für geschickter halte, erst einmal den Vorhabenträger im Planungsausschuss berichten zu lassen, was dort entstehen soll. Es sei richtig, die Bürger und den Rat rechtzeitig einzubinden, aber man sollte erst mal die HWG zu Wort kommen lassen, um dann einen geeigneten Beschluss zu fassen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies den Antrag in den Planungsausschuss.

Herr Sänger, CDU-Fraktion, äußerte dazu, dass er den Antrag auch im Namen seiner Fraktion verwiesen hätte und er gab den Hinweis an die Verwaltung, dass die HWG dort ein Gebäude errichten werde, jedoch mit Sicherheit nicht, wenn sie nicht wüsste, wer da einzieht.

Es ginge nicht darum, nur ein schönes Haus hinzustellen, sondern es müsse geklärt sein, wer dort Mieter werde. Zu klären wäre auch noch, welchen Platzbedarf zum Beispiel die Stadt Halle anmelde.

Herr Kley, FDP-Fraktion, äußerte sein Unverständnis darüber, dass der Antrag verwiesen werde. Man hätte beschließen können und die Verwaltung hätte Bericht erstattet.

Desweiteren führte **Herr Kley** aus, dass sich in den Worten von Herrn Neumann das Dilemma offenbare, da man jemanden beauftragen wolle, eine Planung für ein Gebäude zu machen, und die Stadt noch gar nicht weiß, ob sie diese Räume überhaupt brauche. Im Moment gäbe es überall leer stehende Räume in den Gebäuden der Stadtverwaltung und auch eine Raumkonzeption liege noch nicht vor. Dieses, seit Jahren herrschende Chaos werde nun fortgesetzt.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand gab dem Ansinnen von Herrn Sänger Recht und stellte dazu fest, dass die Verwaltung zur Diskussion im Planungsausschuss auch die Raumkonzeption vorlegen wolle.

Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, konnte die Aufregung zu diesem Thema nicht nachvollziehen. Seiner Meinung nach könne die Verwaltung eine klare Antwort zu diesem Thema geben, da der Aufsichtsrat keinen Beschluss für ein Verwaltungsgebäude gefasst habe. Und er wisse auch nicht, was der Geschäftsführer der Gesellschaft, wie von Herrn Neumann vorgeschlagen, darüber berichten sollte.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen
durch Geschäftsordnungsantrag
des Oberbürgermeisters
in den
Ausschuss für Planungsangelegenheiten

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Stadtrat im Mai 2013 über den geplanten Neubau eines Verwaltungsgebäudes am Riebeckplatz und den aktuellen Sachstand der Verhandlungen hinsichtlich einer beabsichtigten Einmietung von städtischen Verwaltungseinheiten zu informieren. Der Stadtrat ist in die Entscheidung über eine konkrete Anmietung im Rahmen einer Beschlussfassung einzubeziehen.

**zu 8.9 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Beteiligung der Stadt Halle an der Earth Hour-Aktion
Vorlage: V/2013/11636**

Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, informiere, dass seine Fraktion die Anregung bzw. die Stellungnahme der Verwaltung aufnehme und den Antrag in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten, den Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften und in den Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung verweise.

Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, regte an, darüber nachzudenken, ob sich die Stadt Halle überhaupt an der Earth Hour-Aktion beteiligen solle und bat im Rahmen der Diskussionen in den Ausschüssen darum, einen Vertreter vom Netzbetreiber hinzuzuziehen.

Herr Wehrich, Fraktion, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, berichtete, dass es schon viele Erfahrungen in anderen Ländern mit dieser Aktion gäbe, ohne Probleme mit dem Stromnetz.

Weiter führte er aus, dass er schon 2010 die Anregung gegeben habe, dass sich die Stadt Halle an der Earth Hour-Aktion beteilige. Und in der damaligen Stellungnahme der Verwaltung wurden keine Stromprobleme aufgeführt, sondern man habe mitgeteilt, dass die Verwaltung einer Beteiligung dieser Aktion grundsätzlich nicht im Wege stehe. Insofern bedaure er die Verweisung des Antrages, da diese Aktion ohne große Probleme durchgeführt werden könnte.

Herr Kley, FDP-Fraktion, fand den Antrag positiv, da er daran erinnere, dass viele Dinge noch nicht vollbracht seien.

Er sprach dabei den Beschluss an, der im September 2011 im Stadtrat beschlossen wurde, das Händeldenkmal anzustrahlen. Dies wurde bisher nicht umgesetzt und er bat die Verwaltung darum, in Vorbereitung der Stromabschaltung darüber nachzudenken, diesen Beschluss des Rates endlich umzusetzen und dafür zu sorgen, dass das Händeldenkmal angestrahlt werde.

Ebenso erinnerte **Herr Kley** an die Anfrage seiner Fraktion, dass in Schulen und Horten in jüngster Zeit das Licht brenne, woraufhin die Verwaltung eine unsachliche Antwort gegeben habe. In diesem Zusammenhang regte er an, dass man vielleicht dann auch nachts in den Horten und Schulen das Licht abschalte.

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag
des Oberbürgermeisters
in den

**Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten,
Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung
und in den
Ausschuss für Finanzen, städtische participationsverwaltung und Liegenschaften**

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, sich im Jahr 2014 und fortführend am Aktionstag Earth Hour zu beteiligen und entsprechend auch auf die Beteiligung kommunaler Unternehmen einzuwirken.

**zu 8.10 Antrag der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Prüfung von Kooperationsmöglichkeiten des Raumflugplanetariums
Vorlage: V/2013/11643**

Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion, stellte dazu fest, dass die Antragstellerin darauf hinweise, dass dieser Antrag als Ergänzungsantrag gesehen werde, zu dem Antrag, der in der letzten Stadtratssitzung gestellt und darum gebeten wurde, Standorte und Förderprogramme zu prüfen, um das Planetarium in die Form zu versetzen, dass es für alle nutzbar ist.

Sie bat die Verwaltung, die beiden Prüfanträge im Zusammenhang zu sehen und den Gremien eine gemeinschaftliche Antwort vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, Kooperationsmöglichkeiten mit dem Carl Zeiss Konzern und anderen möglichen Kooperationspartnern zu prüfen, um Unterstützung für die mittelfristig erforderlichen investiven Maßnahmen zur technischen Ausstattung des Raumflugplanetariums abzusichern.

zu 9 Schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

**zu 9.1 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zu den Auswirkungen der dritten Stufe der Umweltzone
Vorlage: V/2013/11616**

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

**zu 9.2 Anfrage des Stadtrates Roland Hildebrandt (CDU-Fraktion) zu einer
Lärmschutzmaßnahme
Vorlage: V/2013/11538**

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

**zu 9.3 Anfrage der CDU-Fraktion zur Genossenschaft "Kommunale IT-Union eG"
Vorlage: V/2013/11614**

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

**zu 9.4 Anfrage des Stadtrates Andreas Scholtyssek (CDU) zu
Ersatzgrünpflanzungen im Rahmen der Baumaßnahme Delitzscher Straße
Vorlage: V/2013/11615**

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

**zu 9.5 Anfrage des Stadtrates Dr. Mohamed Yousif (Fraktion DIE LINKE) zu
Migranten/innen in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2013/11613**

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

**zu 9.6 Anfrage des Stadtrates Swen Knöchel (Fraktion DIE LINKE) zum Vollzug
von festgesetzten Bußgeldern
Vorlage: V/2013/11619**

Herr Knöchel, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, berichtete, dass die Beantwortung der Fragen durch die Verwaltung auf die nächste Sitzung verschoben wurde, mit der Begründung, dass es Geld kostet. Er sei der Meinung, dass er nur Bestandsdaten der Verwaltung abgefragt habe, die die Arbeitsgrundlage für jeden Bereich darstellen müssten.

**zu 9.7 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Situation von
Flüchtlingen in Halle (Saale)
Vorlage: V/2013/11620**

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

**zu 9.8 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zum Beschluss des Stadtrates zur Aufstellung eines Kreuzsteines zum Gedenken an den Völkermord an den Armeniern in der osmanischen Türkei (Vorlagen-Nr. V/2012/11110)
Vorlage: V/2013/11621**

Herr Krause, SPD-Fraktion, merkte dazu an, dass seine Fraktion großen Wert darauf lege, dass im Kulturausschuss selbstständig von der Verwaltung berichtet werde, wenn ein vorläufiges Ergebnis vorliege.

**zu 9.9 Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion zum Stand der Prüfungen eines geeigneten Geländes für Freilufttanzveranstaltungen
Vorlage: V/2013/11622**

Herr Krause, SPD-Fraktion, brachte seine Freude über die umfangreiche Antwort der Verwaltung zum Ausdruck.

Er drückte aber auch sein Befremden darüber aus, dass im Nachhinein, erst nach Bekanntgabe in der Öffentlichkeit, eine Antwort dazu erfolgt sei.

**zu 9.10 Anfrage des Stadtrates Klaus Hopfgarten (SPD-Stadtratsfraktion) zur Straßenreinigungssatzung
Vorlage: V/2013/11623**

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

**zu 9.11 Anfrage der SPD- Stadtratsfraktion zu den Auswirkungen einer Polizeireform für die Stadt Halle (Saale)
Vorlage: V/2013/11644**

Herr Krause, SPD-Fraktion, bat darum, dass bei Vorliegen eines Ergebnisses eigenständig von der Verwaltung im Ordnungsausschuss berichtet werde.

**zu 9.12 Anfrage der FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zum Umzug von Fachbereichen zwecks Leerzug von Mietobjekten
Vorlage: V/2013/11627**

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

zu 9.13 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Nutzung und Vergabe von städtischen Sporteinrichtungen
Vorlage: V/2013/11471

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

zu 9.14 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur zunehmenden sozialräumlichen Segregation
Vorlage: V/2013/11542

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

zu 9.15 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Ausschreibungspflicht bei Unternehmen mit städtischer Beteiligung
Vorlage: V/2013/11625

Dieser Tagesordnungspunkt wurde vertagt.

zu 9.16 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur verkehrlichen Anbindung eines geplanten neuen Supermarktes in Dörlau
Vorlage: V/2013/11626

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

zu 9.17 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Genehmigungsverfahren für Zirkusgastspiele
Vorlage: V/2013/11639

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

zu 9.18 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Auswirkungen der Änderung wasserrechtlicher Vorschriften
Vorlage: V/2013/11640

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

**zu 9.19 Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Fortschreibung des Raumkonzeptes für städtische Verwaltungsgebäude
Vorlage: V/2013/11642**

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

**zu 9.20 Anfrage der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zum EU-Jahr der Bürgerinnen und Bürger
Vorlage: V/2013/11630**

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

**zu 9.21 Anfrage des Stadtrates Denis Häder (MitBÜRGER für Halle) zu den Erkenntnissen aus durchgeführten Untersuchungen von Großanlagen zur Trinkwassererwärmung auf Legionellen
Vorlage: V/2013/11631**

Herr Häder, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, verwies auf die Antwort der Verwaltung, dass bei den konkreten Maßnahmen, die zur Beseitigung der Grenzwertüberschreitung ergriffen werden, prinzipiell Nachkontrollen erfolgen müssen, welche erst nach Behebung der Ursachen möglich sind und er bat darum, dass zu gegebener Zeit noch einmal dazu berichtet werde.

**zu 9.22 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zur Entwicklung der Mitarbeiterzahlen am Eigenbetrieb für Arbeitsförderung
Vorlage: V/2013/11632**

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

**zu 9.23 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zu den Leitlinien für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen
Vorlage: V/2013/11633**

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

**zu 9.24 Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff (NEUES FORUM) zum Krippen-Ausbauförderprogramm des Bundes
Vorlage: V/2013/11635**

Es erfolgten keine Wortmeldungen.

zu 10 **Mitteilungen**

zu 10.1 **Jahresrechnung 2012 und Haushaltsplan 2014 der Oelhafe-Zeysesche Stiftung Vorlage: V/2013/11571**

Beschluss:

Der Stadtrat nimmt die Jahresrechnung 2012 einschließlich der Vermögensübersicht und den Haushaltsplan 2014 der Oelhafe-Zeysesche-Stiftung zur Kenntnis.

Der Vorstand der Oelhafe-Zeysesche-Stiftung hat in seiner Sitzung vom 11.03.2013 beschlossen:

1. Der von der Geschäftsführung der Oelhafe-Zeysesche-Stiftung vorgelegte Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2012 mit einer

Bilanzsumme in Höhe von	547.194,71 EUR
Jahresüberschuss in Höhe von	17.970,13 EUR

wird festgestellt.
2. Es erfolgt eine Rücklagenbildung in Höhe von 5.990,04 EUR nach § 58 Nr. 7a AO.
3. Der Geschäftsführung wird für das Wirtschaftsjahr 2012 Entlastung erteilt.
4. Der Haushaltsplan für das Jahr 2014 wird in vorliegender Form beschlossen.

zu 10.2 **Jahresrechnung 2012 und Haushaltsplan 2014 der Wilhelm-Herbert-Marx- Stiftung Vorlage: V/2013/11573**

Beschluss:

Der Stadtrat nimmt die Jahresrechnung 2012 einschließlich der Vermögensübersicht und den Haushaltsplan 2014 der Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung zur Kenntnis.

Der Vorstand der Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung hat in seiner Sitzung vom 11.03.2013 beschlossen:

1. Der von der Geschäftsführung der Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung vorgelegte Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2012 mit einer:

Bilanzsumme in Höhe von	508.507,22 EUR
Jahresüberschuss in Höhe von	15.074,19 EUR

wird festgestellt.

2. Es erfolgt eine Rücklagenbildung in Höhe von 5.024,73 EUR nach § 58 Nr. 7a AO.
3. Der Geschäftsführung wird für das Geschäftsjahr 2012 Entlastung erteilt.
4. Der Haushaltsplan für das Jahr 2014 wird in vorliegender Form beschlossen.

zu 10.3 ISEK Halle 2025 - Organisations- und Verfahrensvorschlag
Vorlage: V/2013/11428

Beschluss:

Der Organisations- und Verfahrensvorschlag zur Erarbeitung des ISEK Halle 2025 wird zur Kenntnis genommen.

zu 10.4 Quartalsbericht 1/2013 Stadtbahnprogramm Halle des Maßnahmeträgers
HAVAG
Vorlage: V/2013/11510

Beschluss:

Der Quartalsbericht Stadtbahnprogramm Halle wird zur Kenntnis genommen

zu 10.5 Information des Projektsteuerers BVCS (Bureau Veritas Construction
Service GmbH (ehem. IPM)) an den Stadtrat der Stadt Halle (Saale)
"Statusbericht zum Projekt Straßenbahn Riebeckplatz/Hbf. - Büschdorf
Vorlage: V/2013/11558

Beschluss:

Die Information des Projektsteuerers BVCS (Bureau Veritas Construction Service GmbH (ehem. IPM)) an den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) "Statusbericht zum Projekt Straßenbahn Riebeckplatz/Hbf. – Büschdorf wird zur Kenntnis genommen.

Mitteilungen von Herrn Bürgermeister Geier

Herr Bürgermeister Geier teilte mit, dass noch eine Tischvorlage verteilt wurde zu der Frage aus dem Finanzausschuss, wie die Überschüsse aus der Oelhafe-Zeysesche Stiftung und aus der Wilhelm-Herbert-Marx-Stiftung verwendet werden. Die Antwort liege jetzt vor.

Weiter informierte **Herr Bürgermeister Geier**, dass bezüglich der Kuratorenstelle ein Vorschlag vorliege und er diesen, wie im Hauptausschuss besprochen, zur Kenntnis gebe.

zu 11 Mündliche Anfragen von Stadträten

Anfrage Herr Koehn, SPD-Fraktion, zum 150jährigen Bestehen der Hals-Nasen-Ohren-Klinik

In Bezug auf das 150jährige Bestehen der Hals-Nasen-Ohren-Klinik berichtete **Herr Koehn** davon, dass zu diesem Anlass am 22. Juni ein Symposium stattfindet, wo Wissenschaftler aus Forschung und Praxis anwesend sein werden.

Herr Koehn informierte weiter, dass der Oberbürgermeister das Grußwort zu dieser Veranstaltung an die Amtsärztin delegiert habe und er fragte an, ob es dem Oberbürgermeister möglich sei, dieses Grußwort selbst zu halten und dabei auf die Belange der Universität der Stadt Halle einzugehen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sicherte eine nochmalige Prüfung des Termins zu, wies aber auch darauf hin, dass er bei Verfügbarkeit den Termin selbst wahrgenommen hätte. Ansonsten gehe die Delegation von Terminen des Oberbürgermeisters immer an die Beigeordneten und nicht an Fachbereichsleiter.

Anfrage Herr Felke, SPD-Fraktion, zur Ernennung der Beamten in der Berufsfeuerwehr

Herr Felke informierte, dass laut einer Pressemitteilung der Stadt vor wenigen Tagen vom Oberbürgermeister eine Reihe von Beamten der Berufsfeuerwehr ernannt worden sind. Da es bei der Berufsfeuerwehr die Situation gäbe, dass eine ganze Reihe von Kameraden bisher noch keinerlei Beförderung erfahren habe, fragte er an, ob da in absehbarer Zeit etwas vorgesehen sei und wenn ja, wann und in welchem Umfang.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies auf zwei unterschiedliche Vorgänge. Das eine sei ein Ernennungs- und das andere sei der Beförderungsvorgang. Die Ernennung sei zwingend erforderlich, um die Aufrechterhaltung der Wehr zu gewährleisten und im Gegensatz dazu sei die Beförderung nur möglich, wenn es einen bestätigten Haushalt gäbe. Dazu stellte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** fest, dass er eine Beförderung bestätigt habe, welche bei bestätigtem Haushalt ausgeführt werden könne.

Herr Felke fragte weiter nach, ob bei Bestätigung des Haushaltes alle Kameraden der Feuerwehr, welche noch nicht befördert worden sind, davon ausgehen können, dass sie befördert werden.

Dies konnte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** nicht bestätigen. Es könnten nur die Kameraden befördert werden, die die entsprechenden Leistungskriterien erfüllen. Es werde nicht automatisch, sondern nach Leistung befördert.

Anfrage Herr Krause, SPD-Fraktion, zu einer Versetzung im Fachbereich Bauen

Herr Krause fragte an, ob es richtig sei, dass im Fachbereich Bauen eine einstweilige Abordnung vorgenommen wurde, für eine Person als Fachbereichsleiterin und ob dies zeitlich befristet sei.

Und zum zweiten bezog er sich auf einen Artikel aus der Leipziger Volkszeitung über Personalmaßnahmen und die Erhebung eines Zwangsgeldes dazu. Er fragte an, ob dies in Vollzug sei und wenn ja in welcher Höhe.

Zu beiden Fragen sagte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** eine Beantwortung im nichtöffentlichen Teil zu.

Anfrage Dr. Diaby, SPD-Fraktion, zu Vorbereitungen zum Sachsen-Anhalt-Tag

In Bezug auf den Sachsen-Anhalt-Tag fragte **Herr Dr. Diaby** an, wie weit die Vorbereitungen dazu seien und ob der Stadt bekannt sei, welche und wie viele Träger sich an dieser Veranstaltung beteiligen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Anfrage Herr Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE im Stadtrat, zur Beschlusskontrolle aus dem Hauptausschuss zu Stellenbesetzungen

Herr Dr. Meerheim fragte an, wann es eine Antwort gebe auf eine Anfrage, welche vor einem Monat im Hauptausschuss zu unbesetzten Personalstellen in der Stadtverwaltung gestellt wurde. Dort gab es die Zusage, dass bis zum Stadtrat April eine Antwort vorliegen werde und dies sei nicht der Fall.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand stellte klar, dass die Antwort fertig sei und am morgigen Tag Herrn Dr. Meerheim zugeleitet werde.

Anfrage Herr Scholtyssek, CDU-Fraktion, zu Spontanpartys

Zum Thema Spontanpartys fragte **Herr Scholtyssek** an, warum erst die Presse und dann der Stadtrat darüber informiert wurde.

Und zum zweiten fragte er nach, ob bei den Spontanpartys mit über 500 Teilnehmern bei dem Veranstaltungsort am Gasometer eine Begrenzung der Veranstaltungstage existiere. Weiterhin wies er darauf hin, dass sich gegenüber dem Gasometer ein Altenheim befinde und er fragte an, warum dies bei der langjährigen Prüfung zum Verfahren nicht beteiligt worden ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand, erläuterte, dass das Thema in der öffentlichen Beigeordnetenkonferenz diskutiert wurde und damit die Öffentlichkeit informiert sei.

Er wies weiter darauf hin, dass Abfragen gemacht worden und an diesem Standort grundsätzlich keine zu hohen Lärmemissionen zu erwarten sind.

Anfrage Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, zu Ergebnissen der Verkehrszählung

Herr Hildebrandt bezog sich auf die letzte Verkehrszählung und fragte an, ob die Verwaltung aus den Ergebnissen daraus Konsequenzen ziehe, hinsichtlich konzeptioneller Erwägungen, was die zukünftige Straßenverkehrskonzeption bzw. das Straßenverkehrskonzept Halle 2025 betreffe.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand teilte mit, dass es dazu eine schriftlich Antwort geben werde.

Anfrage Herr Bönisch, CDU-Fraktion, zum Bus für den Hort Reideburg

Herr Bönisch fragte nach, ob es in den nächsten Ferien einen Hortbus für den Hort in Reideburg geben wird. Seines Erachtens wurde dies in der Beschlussfassung zur Schließung der Grundschule Kanena beschlossen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Bildung und Soziales, teilte dazu mit, dass es einen Stadtratsbeschluss zur Einrichtung eines Hortbusses gebe und eine Beantwortung dieser Anfrage in den nächsten Tagen schriftlich an die Stadträte gegeben werden soll.

Anfrage Herr Busse, CDU-Fraktion, zu Schlaglöchern

Herr Busse bezog sich auf die Schlaglochsituation in Halle und fragte nach, ob die bei den Schlaglöchern aufgestellten Warnpaken und Schilder extra Kosten für die Stadt darstellen, wer die Löcher schließe und ob es schon einen Auftrag zur Beseitigung gegeben habe.

Herr Busse bat um eine schriftliche Beantwortung dazu.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand verwies darauf, dass es eine entsprechende Ausschreibung dazu gäbe, in welcher auch genaue Anforderungen an die Beseitigung der Löcher dargestellt seien. Er machte den Vorschlag, eine ausführliche Beschreibung der Schlaglochsituation bzw. der Abarbeitung zusammenzustellen und dem Stadtrat zur Verfügung zu stellen.

Herr Busse erklärte dazu noch einmal, dass er einen Vergleich haben möchte, was es koste, die Löcher insgesamt zu beseitigen und was die dafür aufgestellten Verkehrsschilder an Kosten verursachen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Anfrage Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zur Online-Bibliothek

Herr Wolter berichtete, dass im Juni 2012 der Stadtrat dem Antrag zum Beitritt der Stadtbibliothek zum Verbund der Online-Bibliotheken Sachsen-Anhalt zugestimmt habe,

aber jetzt bei der Veröffentlichung zum Welttag des Buches seien Halle und Dessau nicht erwähnt, als Beispiel dafür, dass beide Städte es nicht geschafft hätten, an diesen Online-Bibliotheken teilzunehmen.

Er fragte an, wie es sein könne, dass dieser Beschluss nicht umgesetzt wurde.

Dazu erklärte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand**, dass Herr Wolter umgehend eine Antwort erhalten werde.

Anfrage Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zu Baumfällungen am Wittekindbad

Herr Wolter informierte darüber, dass es laut Aussage von Bürgern nach dem 30. März zu erheblichen Baumfällungen im Wittekindbad gekommen sei und er bat um schriftliche Informationen dazu.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Anfrage Herr Wolter, Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM, zur Beteiligung an Protestaktion der Universität

In Bezug auf die geplante Protestaktion von der Medizinischen Fakultät und der Universitätsklinik in der kommenden Woche fragte **Herr Wolter** an, ob sich die Stadt in der Lage sehe, diese Protestaktion zu unterstützen und wenn ja, wie.

Dazu stellte **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** fest, dass ihm noch kein konkreter Termin vorliege und er eine Prüfung dazu veranlassen werde.

Anfrage Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum TOP 10.3 - ISEK Halle 2025

Herr Feigl fragte an, in wie weit seine Anregung aus dem Planungsausschuss, in die Organisation des ISEK die Denkmalschutzbehörden und die Denkmalverbände mit einzubinden, aufgenommen werde. In der heute verteilten Informationsvorlage sei dies noch nicht eingearbeitet.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erklärte, dass man an der Aktualisierung der Vorlage arbeite.

Anfrage Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum TOP 10.4 - Quartalsbericht Stadtbahnprogramm

Herr Feigl bezog sich auf die Vorlage zum TOP 10.4 – Quartalsbericht Stadtbahnprogramm und informierte, dass im vorletzten Absatz ausgeführt sei, dass schwerpunktmäßig die Variantenbetrachtung im Bereich des Böllberger Weges Nr. 188 geführt und eine abschließende Entscheidung zur Vorzugsvariante im März 2013 getroffen werden soll. Er

fragte jetzt an, in wie weit eine Information in den Planungsausschuss bzw. in den Stadtrat erfolgen werde.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand führte aus, dass momentan noch keine abschließende Entscheidung in der Verwaltung getroffen wurde. Den genauen Zeitpunkt einer Information dazu im Planungsausschuss könne er noch nicht benennen und aus diesem Grund sagte er eine schriftliche Beantwortung zu.

Anfrage Herr Feigl, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zur Sicherung Saalhorn

Herr Feigl fragte an, wie die Planung zur Sicherung Saalhorn aussehe, wann der zweite Bauabschnitt erfolge und in welchem Zeitraum der erste Bauabschnitt zu Ende geführt werden soll.

Er regte an, zügig eine Bauwerksicherung des gesamten Gebäudes vorzunehmen, da ansonsten städtische Mittel, die dort schon eingesetzt wurden, verloren gehen werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Anfrage Herr Wehrich, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zum Wegerecht Bergschenke

Herr Wehrich bezog sich auf einen Bericht in der Mitteldeutschen Zeitung, nach welchem der Durchgang vom Gaststättenareal Bergschenke zum Hohen Weg nicht mehr möglich sei, weil das Wegerecht für den Durchgang gelöscht wurde. Dies sei Teil eines Tauschgeschäftes mit dem entsprechenden Eigentümer.

Herr Wehrich fragte nach, ob es zutrefte, dass das Wegerecht gelöscht wurde und wie dies zustande gekommen sei. Er verwies dabei auf den entsprechenden Stadtratsbeschluss, der jedoch unter dem Punkt Grunderwerb dazu keine Aussagen trifft.

Herr Neumann, Beigeordneter für Wirtschaft und Wissenschaft, sagte eine schriftliche Beantwortung zu, da Interessen Dritter gewahrt werden müssen.

Er machte dazu noch deutlich, dass die Aussichtsplattform an der Bergschenke auch weiterhin erreichbar sei.

Anfrage Herr Bönisch, CDU-Fraktion, zu Anfragen aus dem Hauptausschuss zum Stellenplan

Herr Bönisch informierte, dass im letzten Hauptausschuss das Thema Stellenplan und die Veränderungen diskutiert worden und die Stadträte um eine Zusammenstellung gebeten hatten, welche Veränderungen es dazu alles gab. Diese Aufstellung liege noch nicht vor und **Herr Bönisch** fragte an, wann dies erfolgen werde.

Herr Bürgermeister Geier äußerte sich dahingehend, dass er eine entsprechende Antwort der Verwaltung zu diesem Thema für die heutige Stadtratssitzung unterschrieben habe. Er werde sich zum Verbleib des Papiers erkundigen.

Anfrage Herr Kley, FDP-Fraktion, zu den Baken am Riebeckplatz

Herr Kley berichtete über eine ganze Reihe von Baken auf den Rampen zur Hochstraße am Riebeckplatz, die den Verkehr auf eine Mittelspur einschränken. Er fragte an, ob die Sanierungsarbeiten nicht erfolgreich waren bzw. welche Gründe es für die Aufstellung dieser Baken gäbe. Er bat um einen Bericht, wann die Baumaßnahmen abgeschlossen sind und was mit diesen großen Rampen geschehen soll.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte einen schriftlichen Bericht zu.

zu 12 Anregungen

zu 12.1 Anregung der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Prüfung der Einführung eines Einbahnstraßensystems Vorlage: V/2013/11638

–

Es lagen keine Wortmeldungen dazu vor.

zu 12.2 Anregung Herr Bönisch, CDU-Fraktion, zum Umgang mit Änderungsanträgen

Herr Bönisch bezog sich auf das Schreiben des Rechtsamtes zur Frage der Änderungsanträge und Umgang mit diesen und teilte mit, dass darin Aussagen enthalten seien, die er nicht nachvollziehen könne. Als Beispiel führte er den Punkt an, dass letzte Änderungen, die in Ausschüssen beantragt werden, sich nicht in der Beschlussvorlage direkt niederschlagen, sondern zum Schluss darüber noch einmal abgestimmt werden muss. Dies werde beim Haushalt nicht gemacht, sondern da werde immer eine Zwischeneinarbeitung vorgenommen.

Aus diesem Grund regte **Herr Bönisch** an, dieses Thema noch einmal auf die Tagesordnung des Hauptausschusses zu setzen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand, nahm den Vorschlag an und sagte eine Diskussion im Hauptausschuss zu diesem Thema zu.

zu 13 Anträge auf Akteneinsicht

Anträge auf Akteneinsicht lagen nicht vor.

Herr Bartl, Vorsitzender des Stadtrates, beendete die 43. öffentliche Sitzung des Stadtrates.

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister

Harald Bartl
Vorsitzender des Stadtrates

Anja Schneider
Protokollführerin